


www.laender-analysen.de/ukraine

EIN JAHR SELENSKYJ GESCHICHTSPOLITIK ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

■ KOMMENTAR		■ UMFragEN	
Regierung Selenskyj vor neuen und altbekannten Herausforderungen	2	Öffentliche Meinung zu historischen Fragen	11
Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)		■ ANALYSE	
Selenskyj vom kreativen Spieler zum Getriebenen	3	Kann die Östliche Partnerschaft die Erwartungen der Ukraine erfüllen?	15
Von Mattia Nelles (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)		■ UMFragEN	
Selenskyj hat es verpasst, seine Partei zu konsolidieren und die Regierung zu stärken	4	Öffentliche Meinung zur EU	19
Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)		■ STATISTIK	
Das Fehlen einer Strategie wird sich rächen	5	Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine	22
Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		■ CHRONIK	
■ ANALYSE		Covid-19-Chronik, 23. April 2020 – 10. Mai 2020	27
Geschichtspolitik unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj	7	■ CHRONIK	
Von Guido Hausmann und Olha Martyniuk (beide Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg)		26. April – 10. Mai 2020	29

Regierung Selenskyj vor neuen und altbekannten Herausforderungen

Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)

Bis zur globalen Covid-19 Pandemie agierte die Regierung Selenskyj in einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld. So konnte ein erträgliches Wirtschaftswachstum um 3 Prozent erzielt werden, die Politikqualität war teils weniger entscheidend, z. B. zur Sicherung von Kapitalzuflüssen. Am internationalen Kapitalmarkt haben Investoren der Ukraine in den letzten 1–2 Jahren umfassend Gelder zu Verfügung gestellt – trotz Unwägbarkeiten, etwa in Bezug auf den langfristigen Finanzierungsausblick oder die schleppende Umsetzung von IWF-Forderungen. Investoren haben auch erstmals in größerem Stil ukrainische Lokalwährungsanleihen gekauft, so konnte sich die Regierung Milliardenbeträge sichern. Derzeit haben Ausländer ca. 4 Milliarden Euro in Lokalwährungsanleihen veranlagt, 2019 und 2020 konnte man zusätzlich über 2 Milliarden Euro an internationalen Fremdwährungsanleihen platzieren. Unter Investoren war ein gewisses Grundvertrauen erkennbar, da bis Jahresende 2019 zentrale makroökonomischen Kennzahlen in die richtige Richtung tendierten. Die Staatsschulden sank kontinuierlich, auch im Wahljahr 2019 blieb das Budgetdefizit nahe bei 2 Prozent.

Vor Ausbruch der Covid-19 Pandemie sah es so aus, als könnte die Wirtschaft in der Ukraine 2020 und 2021 um ca. 3,5 Prozent zulegen, die Staatsschuldenquote auf 50 Prozent bzw. 45 Prozent des BIP gedrückt werden. Nun droht eine Rezession so tief wie der Einbruch in 2014/2015 oder 2009. Es wird ein BIP-Einbruch zwischen 5 bis 10 Prozent erwartet, das Budgetdefizit wird 9 bis 10 Prozent betragen und die Staatsschuldenquote könnte sich wieder 60 Prozent des BIP annähern. Die (Re-)Finanzierungssituation für den Staat wird damit wieder herausfordernder, in 2020 stehen 7–8 Milliarden Euro zur Rückzahlung bzw. Refinanzierung an. Es ist unwahrscheinlich, dass internationale Investoren der Ukraine – ohne eine Rückversicherung wie ein IWF-Abkommen – Finanzmittel in diesem Ausmaß bereitstellen; und wenn, dann nur zu langfristig nicht tragbaren Zinsen. Zudem böte ein IWF-Abkommen die Chance, weitere Unterstützung zu erhalten, etwa von der EU. Die IWF-Entscheidung, von einem längerfristigen (Struktur-)Reformprogramm (EEF) nun zu einem

»einfachen« Beistandsabkommen (SBA), mit weniger wirtschaftspolitischer Reformorientierung, zu wechseln, zeigt aber auch klar eine gewisse Enttäuschung an. Überspitzt formuliert erwartet der IWF erstmal keine weiteren einschneidenden Reformen und will der Ukraine nun nur über die nächsten 18 Monate helfen. Letzteres auch aus Eigennutz, damit bisherige Anstrengungen nicht komplett zunichte gemacht werden. Ein SBA-Abkommen könnte im Mai oder Juni stehen und der Ukraine über 2020 helfen; alles andere als der zeitnahe Abschluss des Abkommens wäre irrational. Immerhin stehen von Mai bis August viele Refinanzierungen an.

Angesichts zäher Umgestaltungen in international beachteten Politikbereichen stellt sich aber die Frage, ob die Regierung Selenskyj hier jederzeit voll engagiert agierte; oder Rücksicht auf starke Partikularinteressen nahm. Besonders enttäuschend sind aus IWF-Sicht der langsame Fortschritt bei Bankensektorgesetzen (die z. B. die Rückgabe von Vermögenswerten an ehemalige Aktionäre bankrotter Banken verbietet) oder wiederkehrende Versuche, das Anti-Korruptionsgericht zu behindern. Wobei solche Fragen nun kurzfristig in Zeiten des klassischen makroökonomischen Krisenmanagements von geringerer Relevanz sind. Und mit dem IWF drohen für die Regierung erstmal weniger Friktionen, es drohen keine internationalen Negativschlagzeilen. Im pragmatischen Krisenmanagement ist der Regierung Selenskyj einiges zuzutrauen. Zumal sie vom professionellen Makromanagement der Notenbank (NBU) profitiert. Sie hat es geschafft, substanzielle Devisenreserven aufzubauen, sie zeigte in der Krise ein professionelles Währungsmanagement. Insofern ist es eines der größten Verdienste der Regierung Selenskyj, dass sie die in den letzten Jahren erarbeitete Unabhängigkeit der NBU bewahren konnte. So ist die NBU ein attraktiver Ort für engagierte, qualifizierte und reformorientierte Akteure. Mit wahrscheinlich bald abgeschlossener pragmatischer IWF-Unterstützung sollte die Krise kurzfristig gemagt werden können. Ohne IWF-Abkommen und weitere internationalen Kapitalfluss droht 2020 wie so oft in der Ukraine eine veritable Wirtschafts- und Finanzkrise.

Über den Autor:

Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen bei der auf Osteuropa und Russland spezialisierten »Raiffeisen Bank International AG« (RBI AG) in Wien, die größte Auslandsbank in der Ukraine. Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

Selenskyj vom kreativen Spieler zum Getriebenen

Von Mattia Nelles (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

Der historische Sieg Selenskyjs vor etwas mehr als einem Jahr kam einem politischen Erdbeben gleich. Im Wahlkampf hatte der Polit-Novize unter anderem versprochen, der Strafflosigkeit der wirtschaftlichen und politischen Eliten endlich ein Ende zu setzen. Was hat Selenskyj in seinem ersten Amtsjahr im Kampf gegen die Oligarchie erreicht?

Selenskyjs Wahlerfolg gründete auf einer Allianz mit dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj, der es Selenskyj durch seinen Fernsehkanal 1+1 ermöglichte, ein breites Massenpublikum zu erreichen. Dass ausgerechnet der ruchloseste Oligarch entscheidend zum Sieg Selenskyjs beitrug, kümmerte erstaunlicherweise nur wenige Ukrainer. Zu groß war der Frust mit der etablierten politischen Elite.

Bei einigen Beobachtern gab es die Befürchtung, dass diese Allianz dazu führen könnte, dass Selenskyj fortan Politik im Sinne Kolomojskyjs machen würde. Würde er es etwa wagen, die 2016 verstaatlichte Privatbank an Kolomojskyj zurückzugeben? Selenskyjs Kritiker sahen sich in der Ernennung Andrij Bohdans zum Leiter des Präsidentenbüros bestätigt, der lange als Anwalt für den Oligarchen gearbeitet hatte. Auch die Tatsache, dass Kolomojskyjs Vertraute wie Oleksandr Dubinskyj, Olga Wasylewska-Smaglyuk und Oleksandr Tkatschenko für die eilig zusammengestellte Partei Diener des Volkes kandidierten, gab zu bedenken. Trotzdem wurden keine Günstlinge von Kolomojskyj zu Ministern ernannt oder konnten die Kontrolle über lukrative Staatsunternehmen übernehmen.

Bei den Parlamentswahlen im Juli 2019 konnte Selenskyj eine historische Mehrheit erringen. Unter Hochdruck begann die erste Phase der Selenskyj-Präsidentschaft, die des *Turboregimes*: In den ersten acht Monaten der Präsidentschaft wurden 188 Gesetze durchgepeitscht, ein reformerisches Kabinett und ein geschätzter Generalstaatsanwalt eingesetzt.

Statt auf Konfrontation mit den Oligarchen des Landes zu setzen, versuchte sich der Präsident in dieser Zeit eher als Mediator zu inszenieren. Selenskyj empfing Oligarchen offen in seinem Präsidentenbüro. In seiner pragmatischen Interaktion mit den Wirtschaftsbossen des Landes ähnelte sein Führungsstil dem von Ex-Präsident Leonid Kutschma. Dieser Balanceakt geriet erst ins Wanken, als Kolomojskyj zunehmend zum Problem für Selenskyj wurde – und die komfortable Mehrheit von Selenskyjs Partei sich allmählich als fragil entpuppte.

Grund dafür war unter anderem der schwelende Konflikt um die PrivatBank. Im Gegenzug für dringend benötigte Hilfskredite fordert der Internationale

Währungsfonds (IWF) die Verabschiedung eines Bankengesetzes, welches es Kolomojskyj unmöglich machen würde, Kompensationen für seine verlorene Bank zu erhalten. Die informelle »Kolomojskyj-Fraktion« im Dienste des Oligarchen – mittlerweile rund 30 Abgeordnete – versuchte, die *Lex Kolomojskyj* mit allen Mitteln und legislativen Winkelzügen (darunter mehr als 16.000 Änderungsvorschläge) zu verhindern. Im April musste das Gesetz in erster Lesung mit Stimmen der Opposition verabschiedet werden – ein herber Machtverlust für Selenskyjs »Monomajorität«. [Am 13.05.2020 wurde das Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet, Anm. d. Red.]

Ob und inwiefern die Auseinandersetzung weiter eskaliert, ist offen. Klar ist jedoch, dass Selenskyj wegen des Verlustes seiner Mehrheit anfälliger für Avancen anderer Oligarchen geworden ist. Hinzu kommt, dass seine *Hire und Fire*-Personalpolitik der von US-Präsident Donald Trump in nichts nachsteht. Aufgrund der Kaderschwäche in den eigenen Reihen der Partei und im überschaubaren Umfeld der Vertrauten des Präsidenten gestaltet sich die Rekrutierung von fähigem Personal als kompliziert. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verstärken Selenskyjs Schwäche noch einmal.

Als besonders »hilfreich« hat sich wieder einmal der mächtige Oligarch Rinat Achmetow erwiesen. Das politische Wochenmagazin *Nowoe Wremja* titelte vor Kurzem »Präsidenten kommen und gehen, aber Rinat bleibt« und sieht derzeit ein Comeback des 2019 noch abgeschriebenen Oligarchen. Anders als Kolomojskyj setzt Achmetow auf die Durchsetzung seiner Interessen im Stillen. Achmetows Fernsehsender berichten seit wenigen Monaten im Gegensatz zu Kolomojskyjs 1+1 ausgesprochen positiv über die Selenskyj-Regierung. Das ist angesichts des Fehlens eines Haus- und Hofsenders des Präsidenten von zentraler Bedeutung. Dass vor kurzem mit Premierminister Denys Schmyhal, der früher für ein Unternehmen von Achmetow gearbeitet hatte, und Energieministerin Olha Buslawez, der eine mangelnde Distanz zum Oligarchen nachgesagt wird, zwei Personen aus Achmetows Netzwerk in Schlüsselpositionen gelangt sind, schwächt sein Gehör beim Präsidenten sicher nicht.

Ähnlich wie zu Beginn der Präsidentschaft Selenskyjs muss jetzt genauestens beobachtet werden, ob und wie der Präsident Politik im Sinne eines bestimmten Oligarchen macht, ihnen gar lukrative Aufträge oder Posten zuschanzt. Eins ist aber nach einem Jahr Selenskyj klar: Der einstige Polit-Novize ist in der ukrainischen Politik angekommen. Wie seine Vorgänger muss Selenskyj sich in einen intransparenten Geflecht von Beziehungen und Interessen zurechtfinden. Ob es ihm gelingt, diesen

Balanceakt zugunsten weiterer tiefgreifender Reformen zu nutzen, bleibt abzuwarten. Die gescheiterte Justizreform, eine mögliche politische Verfolgung Poroschenkos

und die Entlassungen mehrerer reformistischer Kräfte in den vergangenen Wochen werfen aber zumindest große Zweifel auf.

Über den Autor:

Mattia Nelles ist Programmdirektor für die Ukraine am Zentrum Liberale Moderne in Berlin und Redakteur der Website www.ukraineverstehen.de.

Selenskyj hat es verpasst, seine Partei zu konsolidieren und die Regierung zu stärken

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

Auch wenn Selenskyjs Wahlkampagne 2019 bewusst diffus geblieben war, so stellte sie doch zwei Themen in den Vordergrund: die Beseitigung von Korruption und das Ende des Krieges in der Ostukraine. Beide Themen gehörten – und gehören – zu den Prioritäten der ukrainischen Bevölkerung.

Ein landesweiter Konsens mit 73 Prozent der Stimmen führte Selenskyj im April 2019 zum Wahlsieg und erteilte dem damaligen Präsidenten Petro Poroschenko eine deutliche Absage. Worauf sie sich einließen, konnten die Wählerinnen und Wähler nicht wissen, aber dieses Risiko waren sie für das Ende der Ära Poroschenko bereit in Kauf zu nehmen. Wie groß das Ausmaß an Enttäuschung gegenüber Selenskyjs Vorgänger war, wurde nicht nur von Poroschenko selbst unterschätzt, sondern auch von einer breiteren politischen und kulturellen Elite in der Ukraine, die seitdem jede Gelegenheit zur Mobilisierung gegen Selenskyj nutzt.

Poroschenkos nationalistisch verkürzter Wahlslogan »Armee, Sprache, Glauben« brachte zum Ausdruck, wie weit er sich von der Grundstimmung in der Bevölkerung entfernt hatte. Die Zuspitzung der Kriegsrhetorik und einer eng gefassten ukrainischen ethnolinguistischen Identität widersprach dem aus Meinungsumfragen ersichtlichen Trend: In den vergangenen Jahren ist eine inklusive, auf den ukrainischen Staat bezogene Identität gestärkt worden. Die Tatsache, dass ein ukrainischer Präsident diese Stimmung in der Bevölkerung anerkennt, stärkt den ukrainischen Staat von innen. Dieser gesellschaftliche Kontext muss Teil der Zwischenbilanz nach einem Jahr sein.

Selenskyjs Hauptziele – das Ende von Korruption und Krieg – sind bisher nicht erreicht. Allerdings war von Anfang an klar, dass sie sich nicht innerhalb eines Jahres verwirklichen lassen würden. Früh versuchte Selenskyj ein Zeichen zu setzen: Schon am Tag seiner Inauguration kündigte er den vor ihm sitzenden Abgeordneten Neuwahlen und die Abschaffung ihrer

Immunität an. Durch die vorgezogene Parlamentswahl sicherte er sich eine klare Mehrheit in der Werchowna Rada. Diese erschien als eine Voraussetzung für die Umsetzung von gegen oligarchische Interessen gerichteten Reformen. Der massive Elitenwechsel im Parlament barg Chancen und Risiken. Die Unerfahrenheit der neuen Abgeordneten wurde in der Berichterstattung gern übersteigert – viele hatten Erfahrungen in der Wirtschaft, im zivilgesellschaftlichen Bereich, auf lokaler Ebene und in zweiter Reihe in den nationalen Institutionen gesammelt. Das größere Risiko war die Ungewissheit darüber, wie lange ein amorpher Block handlungsfähig sein würde.

Im Eiltempo wurden komplexe Reformpakete geschnürt und verabschiedet. Auch wenn ihre Stoßrichtung den Reformkurs stützte, entsprach der Gesetzgebungsprozess im sog. Turboregime keinem demokratischen, diskursiven Entscheidungsprozess. Die Rolle des Präsidenten wurde weiter gestärkt, wobei Selenskyjs Entscheidungen eher vom Blick auf seine Beliebtheitswerte geprägt sind als von einer erkennbaren langfristigen Strategie.

Es kam zu zahlreichen Neubesetzungen von Schlüsselpositionen in den diversen Anti-Korruptions-Institutionen, der Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts und zu Verfahren gegen verschiedene der Korruption beschuldigte Einzelpersonen. Dennoch stehen prominente Gerichtsurteile nach wie vor aus. Darüber hinaus überschatteten die Spekulationen über die Nähe von Selenskyj zum Oligarchen Ihor Kolomojskyj von Anfang an die Antikorruptionsagenda.

Anders als sein Vorgänger thematisierte Selenskyj die Notwendigkeit, die Bevölkerung im gesamten Donbas als ukrainische Staatsbürger/innen anzusprechen und Verhandlungen über einen möglichen Kompromiss mit Russland zu führen. Die neue Rhetorik machte es für Russlands Präsidenten Wladimir Putin erforderlich, auf Selenskyj zu reagieren. Selenskyjs politische Gegner/

innen legen ihm sein Bemühen um Frieden als Ausverkauf ukrainischer Interessen aus, doch diese Befürchtungen haben sich bisher nicht bewahrheitet. Spätestens mit der Corona-Pandemie ist nun auch die umstrittene Idee der Lokalwahlen im gesamten Donbas im Herbst 2020 unrealistisch geworden.

Der erste Normandie-Gipfel auf Staatsebene nach einer mehrjährigen Pause fand im Dezember 2019 statt. Er brachte außer zweimaligem Gefangenenaustausch, humanitären Maßnahmen, einer Ausweitung der Übergänge an der Kontaktlinie und einer begrenzten Truppenflechtung keine konkreten Schritte zur Befriedung der Region. Selenskyj hatte dem Friedensprozess neuen Antrieb gegeben, doch dieser ist spätestens mit dem Ausbruch von Covid-19 auf internationaler und nationaler Ebene verpufft.

Das größte Manko der Selenskyj-Präsidentschaft ist, dass er es versäumt hat, seine Partei zu konsolidieren und das Parlament und die Regierung zu stärken. Die zunächst streng hierarchisch geführte Fraktion »Diener des Volkes« und das wiederholte Auswechseln von Ministern und des Generalstaatsanwalts hat weder im In- noch im Ausland das Vertrauen in die ukraini-

sche Politik erhöht. Die Einheit der Selenskyj-Fraktion in der Rada hat weniger als ein Jahr gehalten. In den kommenden Monaten, in denen die Auswirkungen der Corona-Pandemie den Haushalt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Ukraine zusätzlich belasten werden, kann Selenskyj – wie seine Vorgänger – von einer Abstimmung zur nächsten bestenfalls auf Ad-hoc-Koalitionen hoffen.

Momentan scheint die Corona-Pandemie Selenskyjs Vertrauensverlust in der Bevölkerung etwas aufzuhalten: Laut einer Umfrage vom 22.–24. April 2020 befürworten 55 Prozent Selenskyjs Politik in der Corona-Krise. Er wird derzeit an seinem Versuch gemessen, die Pandemie unter Kontrolle zu halten, während die Themen Korruption und Krieg in den Hintergrund gerückt sind. Aber seine bereits vor Covid-19 sinkende Popularität wird weiter abnehmen, wenn das Ausmaß der sozioökonomischen Folgen der Pandemie deutlich wird. Selbst ein neuer Zyklus von Parlamentsauflösung, vorgezogenen Wahlen, einer wachsenden Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative und Protesten ist nicht auszuschließen.

Über die Autorin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) in Berlin.

Das Fehlen einer Strategie wird sich rächen

Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Sicherlich hat Wolodymyr Selenskyj das Ruder zu einem Zeitpunkt übernommen, zu dem sein Land in großen Schwierigkeiten steckte. Zahlreiche der seit 2014 angelaufenen Reformprozesse waren ins Stocken geraten, und der Minsker Prozess, der die territoriale Integrität der Ukraine zumindest im Donbas wiederherstellen sollte, war zum Stillstand gekommen.

Bald zeigte sich, dass Selenskyj stärker auf Personen als auf Institutionen setzt, um diese Probleme anzugehen. Wie in seiner TV-Serie »Diener des Volkes« hievte er zahlreiche Personen in hohe Ämter, die er aus seinem früheren Leben kennt. Deswegen herrscht im Regierungsapparat ein hoher Grad an politischer Unerfahrenheit und dominieren persönliche Netzwerke über institutionelle Strukturen. Dies stellt zwar keine grundlegend neue Situation für die Ukraine dar. Dennoch hatten viele die Hoffnung mit Selenskyj verknüpft, dass er alte Gegebenheiten beseitigen und die Rolle existierender Seilschaften erheblich reduzieren würde.

Ein weiteres Phänomen, das in der ukrainischen Politik mehr als bekannt ist: Der Präsident verlangt schnelle Ergebnisse, statt auf eine langfristige Strategie zu setzen. Bei Selenskyj führt das unter anderem zu problematischen personellen Entscheidungen, zum Beispiel im Fall von Premierminister Olexij Hontscharuk, der auf Bestreben des Präsidentenbüros gehen musste, was den Rücktritt einiger reformorientierter Minister/innen nach sich zog. Es war zwar zu früh, um endgültige Schlussfolgerungen über die Leistungen seiner Regierung zu ziehen, aber viele seriöse Beobachter/innen im In- und Ausland attestierten ihr einen sinnvollen Ansatz, was die meisten Reformprozesse betrifft. Die Auswahl der neuen Minister/innen erfolgte hektisch und mündete zum Teil in eklatante Fehlbesetzungen, die nach einem Monat wieder aufgekündigt wurden. Der (gescheiterte) anschließende Versuch Selenskyjs, den in Politik und Bevölkerung umstrittenen ehemaligen georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili in

die Regierung zu katapultieren, zeugt von einem chaotischen, unüberlegten Verhalten bei der Auswahl von Schlüsselfiguren.

In Bezug auf den Donbas gab es einige Anfangserfolge, wie den mehrfachen Austausch von Gefangenen, den Bau einer neuen Brücke beim Übergang in Stanyzja Luhanska oder die (kontroverse) Truppenflechtung in drei Ortschaften. Es gab auch mehrere bilaterale Gespräche zwischen Selenskyj und Putin sowie ein Gipfeltreffen im Normandie-Format im Dezember 2019. Selenskyj und sein Team scheinen davon ausgegangen zu sein, dass diese Schritte sich steigern ließen. Ohne Änderung der russischen Haltung wird es allerdings unmöglich sein, substantiellere Fortschritte zu erreichen. Auch in Pandemie-Zeiten gibt es keine Anzeichen für eine Aufweichung der russischen Position. Und innerhalb der Ukraine werden weitere als Konzessionen wahrgenommene Handlungen auf erheblichen politischen und gesellschaftlichen Widerstand stoßen.

Statt konsequent auf eine Besserung der humanitären Lage zumindest in den von der Ukraine kontrollierten Territorien zu setzen, investieren Selenskyj und sein Team (vor allem sein Bürochef Andrij Jermak) viel Zeit und Energie in Verhandlungen und neue Vorschläge, obwohl kaum zu erwarten ist, dass die russische Seite ihnen entgegenkommt. Eine Strategie scheint es hier nicht zu geben, höchstens eine Kette von Ad-hoc-Schritten, die zwar die Avancen der ukrainischen Seite deutlich machen, aber das Ziel, Frieden herzustellen, höchstwahrscheinlich verfehlen werden, da dieser nicht im russischen Interesse liegt.

Was die Außenpolitik angeht, muss man leider feststellen, dass die innenpolitischen Probleme dazu führen könnten, dass der Westen sich mittel- bis langfristig von der Ukraine abwendet. Dies könnte eher die EU als die USA betreffen, weil für letztere Sicherheitsfragen dominieren. Im Fall der EU (und auch des IWF) schaut man wesentlich genauer auf die Reformlage, die sich angesichts der oben geschilderten Personalpolitik und des personenbezogenen Ansatzes eher verschlech-

tern wird. Derzeit ist durchaus noch ein Interesse seitens Berlin, Paris sowie Brüssel auszumachen, sowohl im Rahmen des Normandie-Formats als auch im Hinblick auf die Umsetzung des umfangreichen Assoziierungsabkommens. Der neue Hohe Vertreter für die EU-Außenpolitik Josep Borrell hat die Absicht geäußert, einen Schwerpunkt auf die Ukraine zu legen. Dies könnte sich allerdings ändern, wenn die Leistungen der Ukraine in etlichen Reformbereichen weiterhin nachlassen.

Gleichzeitig scheint das Interesse auf ukrainischer Seite eher zu schwinden. Zwar hält man im Prinzip an der bisherigen Linie fest, die die Integration in die EU und NATO priorisiert. Aber der Wunsch in Kyjiw nach schnellen Ergebnissen passt nicht zum EU-Ansatz, der langfristig angelegt ist. Hinzu kommt, dass das ukrainische Außenministerium nun eine Art *pivot to Asia* angekündigt hat. Es ist unklar, inwiefern dies aufgehen wird, da hierfür eine langfristige Strategie entwickelt werden müsste. Potenziell könnte dies aber ein zurückgehendes Interesse an der EU bedeuten, da die außenpolitischen Ressourcen der Ukraine begrenzt sind und man aufgrund des existentiellen Sicherheitsinteresses kaum weniger in die Beziehungen zu den USA investieren wird.

Dass Selenskyj auf vertraute, aber unerfahrene Personen sowie auf schnelle Ergebnisse setzt, weist auf das Fehlen eines strategischen Ansatzes hin. Trotz eigener Ankündigungen, dass er nur eine Amtszeit anstrebe, scheint er jetzt doch auf seine Popularität in der Bevölkerung zu achten. Sein bisheriges Vorgehen reduziert allerdings die Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl. Ohne eine systematische Vorgehensweise wird er am Ende dieser Amtszeit höchstens mit punktuellen Erfolgen dastehen, ohne sein Land in essenziellen Bereichen nach vorne gebracht zu haben. Sein wenig durchdachtes Vorgehen schafft zudem ein fluktuierendes Umfeld mit weiterhin schwachen Institutionen, in dem etablierte Akteure (vor allem Oligarchen und ihre Netzwerke) zusätzliche Chancen erhalten, ihr durch die Reformen der letzten Jahre verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Über die Autorin

Dr. Susan Stewart ist Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie arbeitet zur Innen- und Außenpolitik der Ukraine und Russlands und zur Östlichen Partnerschaft der EU.

Geschichtspolitik unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj

Von Guido Hausmann und Olha Martyniuk (beide Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg)

DOI: [10.31205/UA.234.01](https://doi.org/10.31205/UA.234.01)

Zusammenfassung

Die Geschichtspolitik in der Ukraine ist in den vergangenen Jahren wichtiger Teil der gesellschaftlichen Debatte geworden. Petro Poroschenko setzte in seiner Präsidentschaft auf eine sehr prononcierte Geschichtspolitik, die geprägt war vom Krieg im Osten der Ukraine, der Dekommunisierung sowie der Schaffung der von Moskau unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine. Wie lässt sich die Geschichtspolitik unter Wolodymyr Selenskyj charakterisieren? Welche Akzente und Impulse konnte er im ersten Jahr seiner Präsidentschaft setzen, wo setzte er den Kurs seines Vorgängers fort und setzt er sich von seinem Vorgänger ab?

Einleitung

Zu den Charakteristika der bisherigen Präsidentschaften in der Ukraine gehörte, dass die Präsidenten jeweils auch eine eigene Geschichtspolitik betrieben. Bisher gibt es kaum analytische Zugriffe, die über eine solche präsidentenbezogene Kennzeichnung hinausgehen, strukturelle Bedingungen einbeziehen oder systematischer auch die regionale und überstaatliche Ebene untersuchen. Es scheint insgesamt im Blick auf den Zeitraum von 1991 bis heute eine Intensivierung geschichtspolitischer Aktivitäten seit der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko 2005–2010 zu geben. Es lässt sich wohl nicht behaupten, dass Geschichtspolitik jeweils erst in der zweiten Hälfte einer Präsidentschaft an Bedeutung gewann, es quasi ein Feld von Ersatzaktivitäten wurde, welches dann eine Aufwertung erfuhr, wenn wirtschaftliche, soziale und politische Reformen erfolglos blieben.

In der jeweiligen Geschichtspolitik gestaltet und spiegelt sich sicherlich das Verhältnis zu den Nachbarn, vor allem zu Polen und zu Russland. Aber auch innerukrainische, vor allem regionale Dynamiken und unterschiedliche Akteure und Akteursebenen sind relevant. Die Präsidentschaft des vormaligen Präsidenten Petro Poroschenko (2014–2019) zeichnete sich durch eine sehr prononcierte Geschichtspolitik aus, die durch den russisch-ukrainischen Krieg im Osten der Ukraine geprägt und die Dekommunisierungsgesetze von 2015 sowie die Schaffung einer neuen, von Moskau unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine gekennzeichnet war. Fragwürdig war daran vor allem, dass der Staat über das 2006 gegründete Ukrainische Institut für Nationales Gedächtnis (UING) in die Beurteilung der Geschichte eingriff und die Freiheit der Wissenschaften angriff. Fragwürdig war darüber hinaus die Sicht auf den Zweiten Weltkrieg und hier vor allem auf Akteure wie die OUN (die 1929 gegründete Organisation Ukrainischer Nationalisten) und die UPA (die 1942 gegründete Ukrainische Aufstandsarmee) und deren Beteili-

gungen an massenhafter antipolnischer (in Wolhynien) und antijüdischer Gewalt.

Wie lässt sich vor diesem Hintergrund die Geschichtspolitik unter dem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ein Jahr nach dem Antritt seiner Präsidentschaft kennzeichnen? Es gibt bisher keinen Bruch mit der Geschichtspolitik unter Poroschenko, aber es kam zu Änderungen bei innerukrainisch und international besonders kontrovers eingeschätzten Entscheidungen des früheren Präsidenten und zu ersten Ansätzen einer neuen Geschichtspolitik. Vom ersten Tag seiner Präsidentschaft war der Präsident mit Geschichtspolitik konfrontiert. Seine ursprünglich am 19. Mai 2019 vorgesehene Amtseinführung musste gegen seinen Willen um einen Tag verschoben werden, da der 19. Mai in der Ukraine der offizielle Gedenktag für die Opfer politischer Repressionen ist.

Kontinuitäten und Brüche

Zunächst zur Frage von Brüchen und Kontinuitäten zur bisherigen Geschichtspolitik. Das Ukrainische Institut für Nationales Gedächtnis existiert weiter, wenn auch 2020 mit einer deutlich geringeren Finanzierung ausgestattet, und die 2015 beschlossenen Dekommunisierungsgesetze sind weiterhin gültig und wurden nicht außer Kraft gesetzt. Der neue Präsident und das Parlament halten auch weiterhin an der Kennzeichnung des Holodomor als Völkermord fest und treten für dessen internationale Anerkennung ein, so wie es 2006 unter Präsident Juschtschenko von der Werchowyna Rada beschlossen wurde. Dies sind nur die auffälligsten Kontinuitäten. Es muss offenbleiben, ob die neue regierende Elite hier einen angenommenen oder realen Konsens in der Gesellschaft trägt oder teilt, oder ob vor allem mit Bezug auf die Dekommunisierungsgesetze noch Änderungen bevorstehen.

Präsident Selenskyj nahm darüber hinaus in seiner bisherigen Präsidentschaft an allen wichtigen nationa-

len Gedenkritualen teil. Im November 2019 ehrte er mit dem Orden der Fürstin Olha 3. Grades Agnieszka Holland, die Regisseurin des Films »Der Preis der Wahrheit« über den walisischen Journalisten Gareth Jones, der 1933 nach seiner Rückkehr aus der Ukraine die internationalen Medien über den Massenhunger in der Ukraine informiert hatte, sowie die amerikanische Journalistin und Historikerin Anne Applebaum, Autorin des Buches »Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine«. Auch medial weniger beachtete, aber ebenfalls hochsymbolische Beispiele zeugen von Kontinuitäten. So nahm der neue Präsident wie seine Vorgänger am jährlichen Gedenken an die Opfer im nordukrainischen Kruty teil. Hier hatten im Januar 1918 wenige hundert Studenten die Ukrainische Volksrepublik – und damit die ukrainische Staatlichkeit – gegen von Norden auf Kiew marschierende und an Zahl deutlich größere Militäreinheiten der Bolschewiki verteidigt. Insofern dominieren bisher in der Geschichtspolitik unter Selenskyj Kontinuitäten gegenüber Neuansätzen oder Brüchen.

Zu ersten Änderungen kam es allerdings unterhalb dieser allgemeinen Ebene. So entließ das ukrainische Kabinett am 18. September 2019 den bisherigen Direktor des UING, Wolodymyr Wjatrowytsch, und ernannte im Dezember 2019 den Doktor der Philosophie und Leiter des Bildungsprogramms am Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar, Anton Drobowytsch, zu dessen Nachfolger. Wjatrowytsch sitzt nun für Poroschenkos Partei *Europäische Solidarität* im Parlament. In ersten Stellungnahmen trat der neue Direktor für Kontinuität ein und sprach sich unter anderem für die Fortsetzung der Arbeiten für ein Denkmal für die sog. Himmlischen Hundert und ein nationales Museum für die Revolution der Würde aus. In einem Interview mit der Deutschen Welle nannte er am 18. Dezember 2019 folgende Bereiche für die weitere Arbeit des Institutes: »Das ist vor allem die Dekommunisierung, die zu Ende geführt werden sollte. Zweitens sollte der Prozess, den Holodomor auf internationaler Ebene als Völkermord am ukrainischen Volk anzuerkennen, weitergeführt werden. Das heißt, die weiteren Anstrengungen zielen darauf ab, die Anzahl der Länder zu erhöhen, die dies anerkennen. Und vielleicht streben wir sogar eine völkerrechtliche Klärung an, mit Verweis auf die Resolution 260 (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der dritte Bereich ist die Stärkung der Rolle des Instituts bei der Bekämpfung russischer Aggressionen, insbesondere im Kampf gegen historische Mythen, die in der ukrainischen Gesellschaft Feindseligkeiten hervorrufen.«

Gleichzeitig gibt es aber Anzeichen dafür, dass in einigen Regionen weiterhin fundamentalere politische Konflikte gären und auf dem Feld des historischen Erinnerns ausgetragen werden. So zerstörten Aktivisten in Charkiw Anfang Juni 2019 eine Büste des Mar-

schalls der Sowjetunion Georgi Schukow (1896–1974) und hissten an seiner Stelle eine Nationalflagge. Im Juli wurde die Büste Schukows mit Unterstützung des Bürgermeisters restauriert, und in der Folge beantragte der Charkiwer Stadtrat die Rückbenennung der Petro-Hryhorenko-Allee in Marschall-Schukow-Allee. Ein Gericht (mit dem UING als dritte Partei) lehnte die Umbenennung allerdings ab. Anfang 2020 kam es in Kachowka im Chersoner Gebiet (Südukraine) zu einem Konflikt um die Denkmäler Lehendarna tatschanka (Legendäre Tatschanka) und Diwtschyna u schyneli (Mädchen im Mantel). Die Stadtverwaltung verweigerte den Abriss der beiden Denkmäler als Symbole des sowjetischen Systems, da es sich um Symbole der Stadt Kachowka handele. In einem laufenden Prozess wird nun über ein Museum in der Nähe des Denkmals Legendäre Tatschanka verhandelt, das der sowjetischen Denkmalspropaganda gewidmet ist. Das Denkmal war 1967 zu Ehren des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution eröffnet worden.

Neue Impulse für die geschichtspolitischen Beziehungen zu Israel

Auf politischer Ebene kündigen sich geschichtspolitische Neuansätze vor allem in den ukrainisch-israelischen und in den ukrainisch-polnischen Beziehungen an. Der andauernde russisch-ukrainische Krieg im Osten der Ukraine friert dagegen jede Gesprächsmöglichkeit mit Russland über strittige historische Fragen ein.

Die Verbesserung der ukrainisch-israelischen Beziehungen durch gegenseitige Präsidentenbesuche im Sommer 2019 und im Januar 2020 hat auch geschichtspolitische Rückwirkungen. Im August 2019 besuchte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Ukraine und beide Politiker erinnerten aus diesem Anlass auch an den deutschen Massenmord an den ukrainischen Juden in Babyn Jar. Der ukrainische Staatspräsident Selenskyj besuchte Ende Januar 2020 anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz Jerusalem, vermied dort auf dem 5. Weltforum zum Gedenken an den Holocaust allerdings ein Treffen mit dem ebenfalls anwesenden russischen Präsidenten Wladimir Putin. Selenskyj erinnerte und ehrte mit einer Kranzniederlegung die Opfer des Holocaust in Yad Vashem. Yad Vashem entschuldigte sich später dafür, dass in den Materialien zum Weltforum der Molotow-Ribbentrop-Pakt (Hitler-Stalin-Pakt), die Teilung Polens sowie die Rolle der UdSSR beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unerwähnt geblieben waren und die bei der Zeremonie gezeigten Videos fast ausschließlich die Rolle der Sowjetunion bei der Niederlage Deutschlands gezeigt hatten, während die USA, Großbritannien und andere Länder kaum repräsentiert waren.

Bereits zuvor, am 14. Januar 2020, hatte sich der neue Direktor des UING Drobowytsch mit dem Botschafter Israels in der Ukraine, Joel Lyon, getroffen. Gesprächsthemen waren unter anderem der Zustand der Holocaust-Gedenkstätten in der Ukraine, die Frage der Anerkennung des Metropoliten der Griechisch-Katholischen Kirche Andrej Scheptyzkyj (1865–1944) als *Gerechter unter den Völkern*, die Frage zum geplanten neuen Gedenkkomplex in Babyn Jar sowie mögliche gemeinsame Schritte zum Gedenken an den aus Odessa stammenden Journalisten und politischen Führer der zionistischen Bewegung, Wladimir Jabotinsky (Wladimir Schabotinski, 1880–1940), anlässlich dessen 140. Geburtstages. Der israelische Botschafter schlug auch die Gründung einer ukrainisch-israelischen Historikerkommission vor, die sich mit den neuralgischen historischen Erfahrungen und Erinnerungen auseinandersetzen sollte.

Babyn Jar im Zentrum der Aufmerksamkeit

Die aktuellen öffentlichen Debatten in der Ukraine kreisen vor allem um einen geplanten neuen Gedenkkomplex in Babyn Jar. Sie können hier nur skizziert werden. Im Kern geht es um zwei unterschiedliche Projekte: Auf der einen Seite steht ein seit Ende September 2016, anlässlich des 75. Jahrestages der Tragödie von Babyn Jar, geplantes Projekt des Babyn Jar Holocaust Memorial Center (BYHMC), das ursprünglich in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturministerium, der Staatlichen Verwaltung der Stadt Kiew und mit einem anerkannten internationalen Team (prominent hier der Historiker Karel Berkhoff, der sich inzwischen wieder von dem Projekt distanziert hat) entwickelt und von Oligarchen mitfinanziert wurde, die Geschäftsverbindungen nach Russland unterhalten. Im Zuge der Ernennung von Ilja Chrschanowski zum künstlerischen Leiter des Projekts, seines künstlerischen Programms und seines umstrittenen Filmprojekts »DAU« kam es zu wiederholten personellen Wechsels bzw. Kündigungen eines großen Teils der Mitarbeiter*innen und zu einer unübersichtlichen Situation in den leitenden Gremien. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die Hauptausstellung, der Wiener Kunsthistoriker Dieter Bogner, legte sein Amt im Herbst 2019 nieder und erklärte in einem offenen Brief: *»Mit den in der Präsentation skizzierten Ideen wird die Hauptausstellung eher zum ›Holocaust-Disney‹ als zu einem Ort der Erinnerung und Reflexion über die unglaubliche Tragödie, die sich in Babyn Jar und Osteuropa ereignete.«* Der Co-Vorsitzende der Vereinigung jüdischer Organisationen und Gemeinschaften der Ukraine, Iosif Sissels, wandte sich im Herbst 2019 ebenfalls gegen das Projekt und erklärte: *»Ich sehe in diesem Projekt ein trojanisches Pferd. Die Russen zeigen damit der ganzen Welt, dass die Ukrainer relativ gese-*

hen Antisemiten sind, Faschisten, die selbst kein Denkmal bauen können.« Inzwischen haben 85 ukrainische Kulturschaffende in einem offenen Brief an den Aufsichtsrat von BYHMC die Entlassung von Ilja Chrschanowski als künstlerischer Leiter gefordert.

Ein alternatives Projekt schlugen im Februar 2019 Historiker der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine (NAWU) unter der Leitung des stellvertretenden Direktors des Instituts für Geschichte der Ukraine der NAWU, Professor Hennadij Borjak, vor. Sie nahmen damit ein Ersuchen des Kulturministeriums der Ukraine und des Nationalen Historischen und Gedenkortes ‚Babyn Jar‘ auf. Das Projekt sah allerdings keine Institutionalisierung vor, sondern hatte ein bescheideneres Format und schlug eine neue Gestaltung des Areals von Babyn Jar, ein neues Geschichtsmuseum sowie ein neues Holocaust-Mahnmal vor. Ein zusätzliches Ziel war wohl auch, so zu einer schnelleren Lösung zu kommen. Es wurden auch internationale Historiker einbezogen, aber es kam bisher zu keiner breiteren öffentlichen Debatte unter Einziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure oder Akteursgruppen. Bereits im Frühjahr 2017 hatte eine Gruppe von Historikern der NAWU die Pläne zum Bau eines Babyn Jar Holocaust Memorial Center mit den Worten kritisiert: *»Wir halten es für falsch, zu versuchen, Babyn Jar nur mit der Geschichte des Holocaust zu verbinden und andere Opfer und andere dramatische Momente seiner Geschichte zu ignorieren. (...) Wir glauben, dass das Holocaust-Museum und das Babyn-Jar-Museum getrennte Institutionen sein sollten, die unterschiedliche Aspekte und Kontexte der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts offenbaren.«*

Es zeigt sich, dass die ukrainische Gesellschaft weiter um das Gedenken an den Holocaust und allgemeiner an die Opfer des Zweiten Weltkrieges ringt und weit von einem Konsens entfernt ist.

Neue Initiativen der ukrainisch-polnischen Aufarbeitung

Die mit einem Besuch von Präsident Selenskyj in Polen vom 31.8. bis zum 1.9.2019 anlässlich des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen und des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges verbesserten politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wirken sich ebenfalls geschichtspolitisch aus. So beschlossen der polnische und der ukrainische Präsident die Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe zu historischen Themen unter der Schirmherrschaft der beiden Präsidenten. An der polnisch-ukrainischen Grenze soll ein Versöhnungsdenkmal errichtet werden, polnische Experten können seitdem die unterbrochenen Such- und Exhumierungsarbeiten der polnischen Opfer ukrainischer Gewalt der Jahre 1942–43 in Wolhynien wieder fort-

setzen und gleichzeitig sollen in Polen Erinnerungsstätten für ukrainische Opfer polnischer Gewalt geschaffen werden. Diese Schritte können einen Neuanfang sowohl für die Aufarbeitung der polnisch-ukrainischen Massengewalt 1942–43 als auch insgesamt für die ukrainisch-polnischen Beziehungen bedeuten. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Schritte folgen.

Am 9. Januar 2020 sprachen der neue Direktor des UING Drobowytsch und der Botschafter Polens in der Ukraine, Bartosz Cichocki, über die weitere Zusammenarbeit in Fragen der gemeinsamen Erinnerung an die Opfer von Krieg und politischer Repression in Polen und der Ukraine und tauschten ihre Vorstellungen für die nähere Zukunft aus. Bei einem erneuten Besuch von Selenskyj in Polen am 26.–27. Januar 2020 anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnerte der ukrainische Präsident unter anderem auch an die aus der Ukraine stammenden *Gerechten unter den Völkern*. Der polnische Präsident Andrzej Duda schlug Selenskyj bei diesem Besuch vor, gemeinsam an das Militär beider Länder zu erinnern, das 1920 gegen den Vormarsch der Roten Armee gekämpft habe. Auch dankte er dem ukrainischen Präsidenten dafür, dass dieser sein Versprechen vom Sommer 2019 eingehalten habe und polnische Experten ihre Arbeit an der Exhumierung polnischer Opfer auf dem Territorium der Ukraine fortsetzen können. Es wird sich zeigen, ob die politische Entspannung und Kooperationsansätze auch von den regionalen Akteuren auf- und angenommen und dauerhafter sein werden.

Fazit

In jedem Fall bleibt der Zweite Weltkrieg weiterhin der zentrale Anlass und Bezugspunkt geschichtspolitischer Debatten, sowohl innerukrainischer als auch internationaler Art. Die Gedenk- und Feierlichkeiten zum Kriegsende am 8. und 9. Mai 2020 fielen in diesem Jahr wegen Covid-19 weitgehend aus. In einer offiziellen Ansprache verband Wolodymyr Selenskyj den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg mit der gegenwärtigen Verteidigung der Ukraine im Krieg im Osten des Landes, ließ Russland dabei aber unerwähnt. Selenskyj wies auf den Beitrag der Ukrainer*innen im Kampf der Anti-Hitler-Koalition hin und antwortete indirekt auf eine Äußerung Putins aus dem Jahr 2010, nach

der die Sowjetunion den Krieg auch ohne die Ukrainer gewonnen hätten: *»Zweifellos hat eine menschliche Leistung keinen Pass. Aber der Beitrag der Ukrainer zum Sieg über den Nationalsozialismus ist enorm. Und heute kann niemand den Sieg privatisieren und sagen, dass es ohne Ukrainer hätte gehen können.«* Selenskyj erwähnte zudem vier Glocken als neues Gedenksymbol: Er habe am Vortag, dem 8. Mai, das Dorf Milowe im Gebiet Luhansk besucht, wo im Zweiten Weltkrieg die Befreiung der Ukraine begonnen habe. Am 9. Mai sei er in der Karpathenukraine, dem letztem Ort des Rückzuges der Deutschen. In beiden Gebieten sollen zur Erinnerung Glocken eingeweiht werden: eine Erinnerungsglocke im Gebiet Luhansk und eine Siegesglocke in der Karpathenukraine. In der Zukunft sind auch eine Friedensglocke in Donezk sowie eine Einheitsglocke in Simferopol geplant. Auch in der Aktualisierung des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg schloss Selenskyj somit an seinen Vorgänger eher an, als dass er sich von ihm explizit absetzte.

Die Skizze verdeutlicht zunächst, dass auch Selenskyj – wie seine Vorgänger – Geschichtspolitik als Bestandteil seiner Politik begreift. In diesem Politikfeld dominierten im ersten Jahr die Kontinuitäten zur vorherigen Politik. Gegenüber Polen und Israel zeigt sich eine neue Gesprächsfähigkeit, die man zwar als Neuansätze bezeichnen kann, aber die noch nicht auf Dauer gestellt sind und noch zu keinen Ergebnissen geführt haben. Es ist auch noch nicht bekannt, inwieweit die ukrainische Gesellschaft bereit ist, die eingeschlagenen Wege mitzugehen. Viele Städte und Gebiete haben geschichtspolitische Akteure mit einer eigenen Agenda. Die Geschichtspolitik spiegelt insofern die generelle Situation im Lande: eine hohe Dynamik und neue und alte Muster der kulturellen Integration und Fragmentierung. Das lässt Zweifel am Ausblick Selenskyjs in seiner Neujahrsrede aufkommen: *»Lernen wir, im Respekt für die Zukunft unseres Landes zusammen zu leben. Wir stellen sie uns gleichermaßen vor – es ist ein wohlhabendes Land, ohne Krieg, ein Land, das sein Volk und seine Territorien vereint hat. Wo es egal ist, wie die Straße heißt, denn sie ist beleuchtet und asphaltiert. Wo es keinen Unterschied gibt, neben welchem Denkmal du auf das Mädchen wartest, in das Du verliebt bist.«* Auf absehbare Zeit wird der Straßename wichtig bleiben.

Über die Autoren

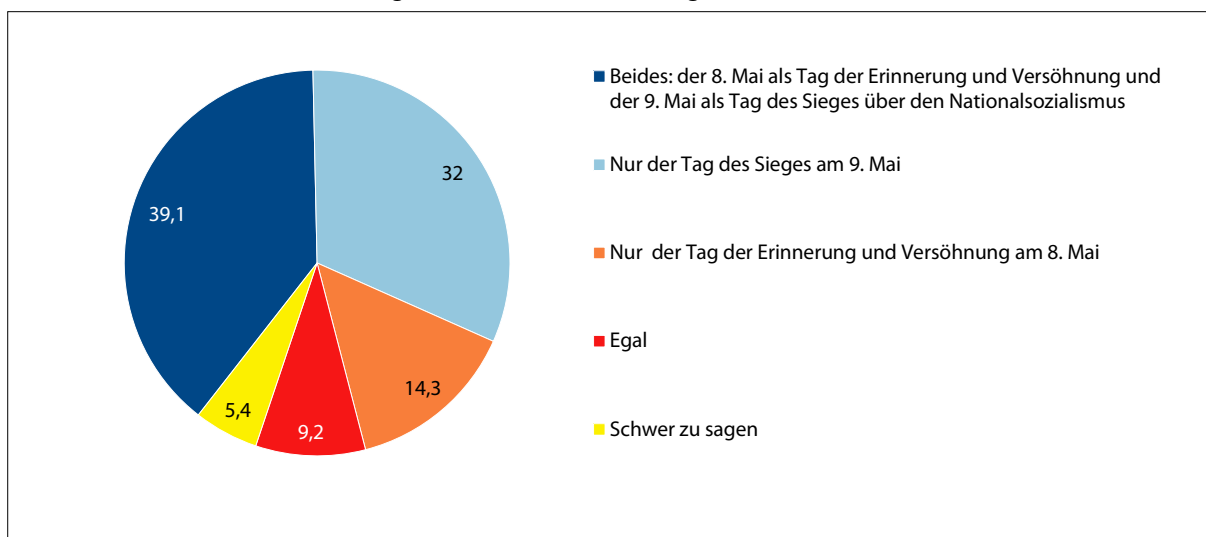
Guido Hausmann, Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Russlands / der Sowjetunion und der Ukraine und Leiter des Bereichs Geschichte am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg.

Olha Martyniuk, Doktorandin an der Universität Regensburg und am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung.

UMFRAGEN

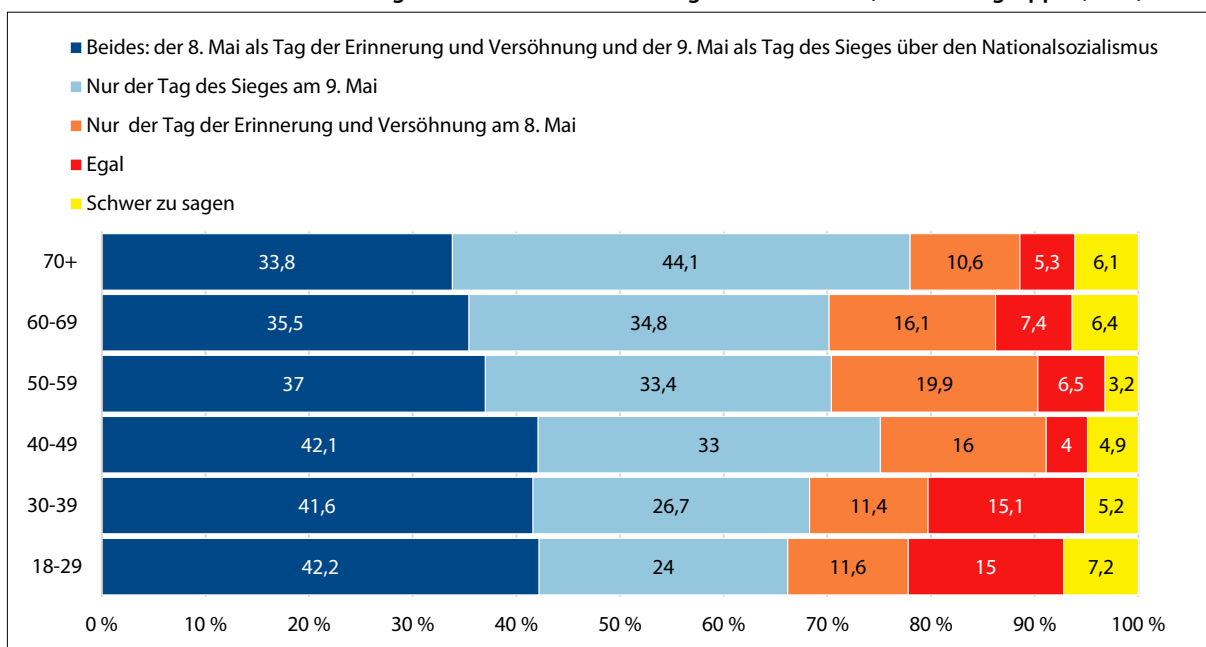
Öffentliche Meinung zu historischen Fragen

Grafik 1: Was sollte Ihrer Meinung nach im Mai in der Ukraine gefeiert werden? (in %)

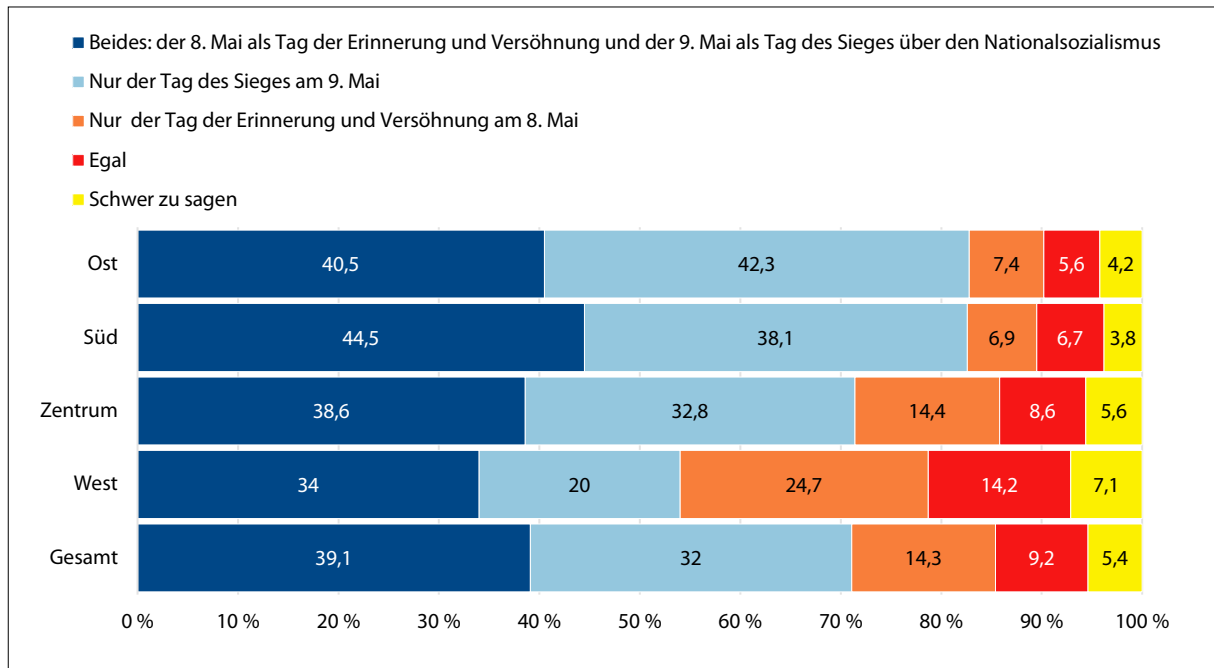


Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

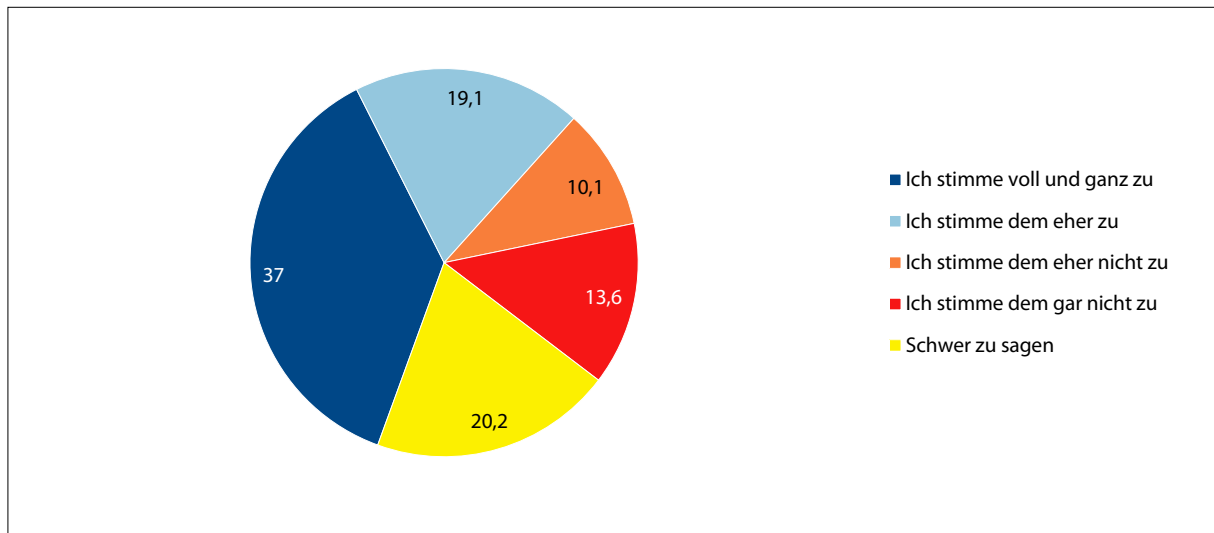
Grafik 2: Was sollte Ihrer Meinung nach im Mai in der Ukraine gefeiert werden? (nach Altersgruppen, in %)



Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

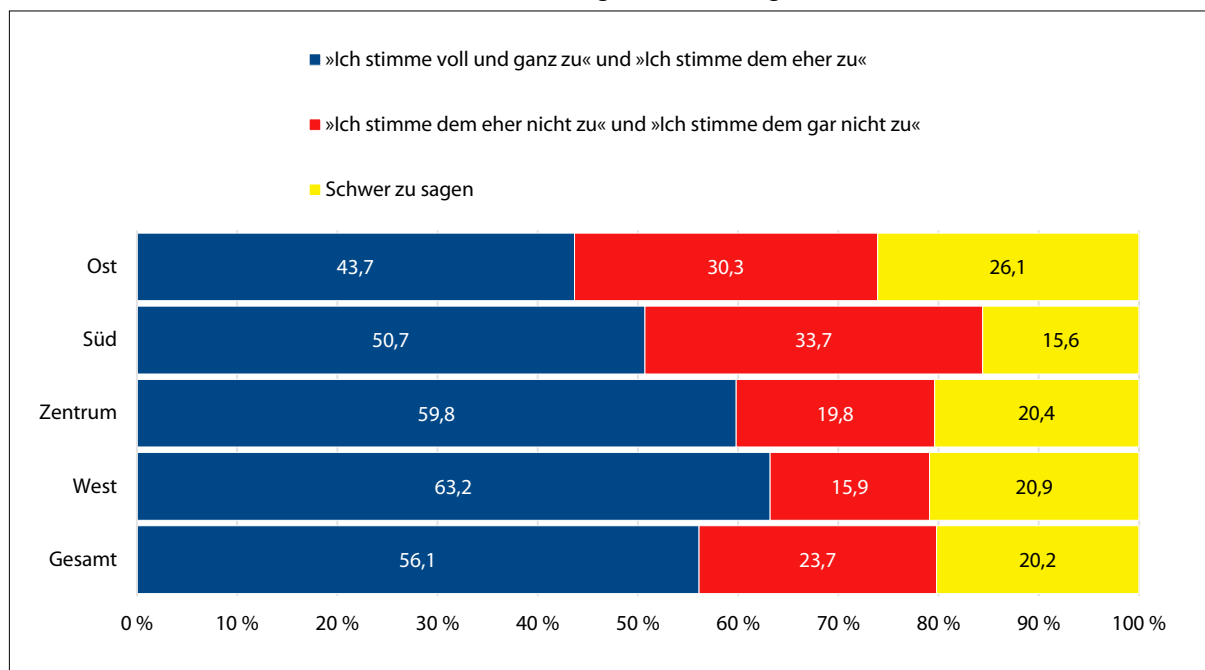
Grafik 3: Was sollte Ihrer Meinung nach im Mai in der Ukraine gefeiert werden? (nach Regionen, in %)

Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Grafik 4: Stimmen Sie der Aussage zu, dass die Sowjetunion gemeinsam mit dem Deutschen Reich verantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war?

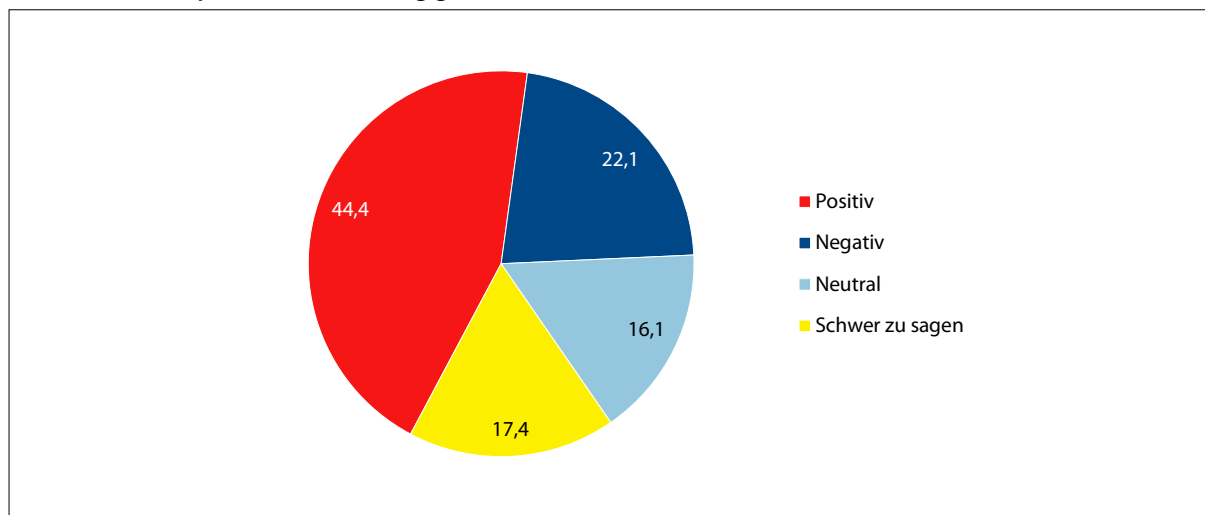
Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Grafik 5: Stimmen Sie der Aussage zu, dass die Sowjetunion gemeinsam mit dem Deutschen Reich verantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war? (nach Regionen)



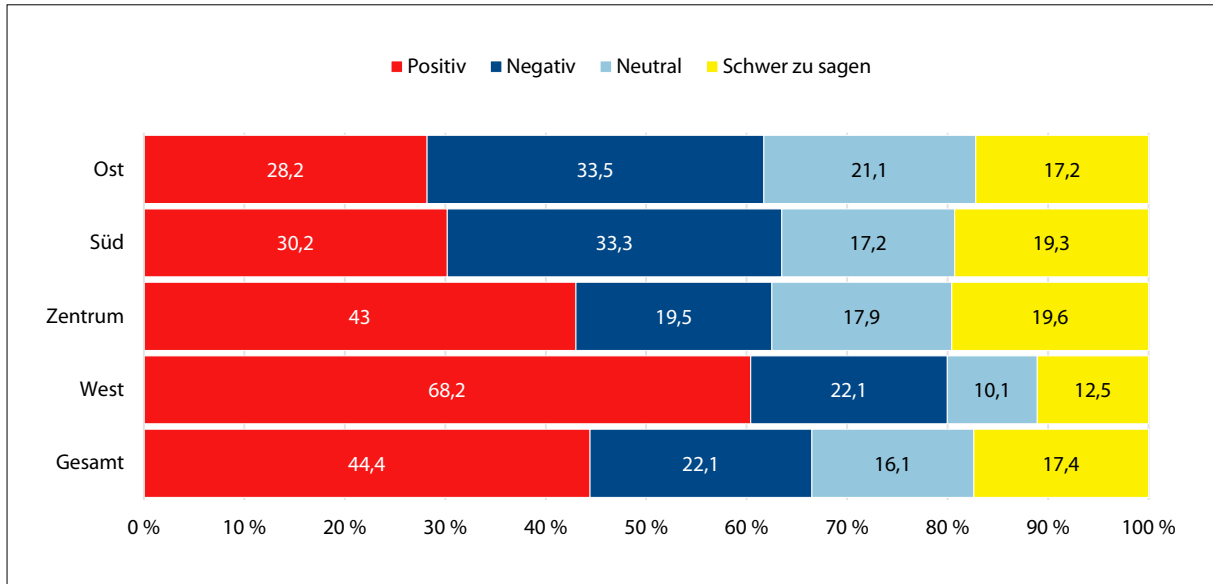
Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Grafik 6: Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Soldaten der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen?



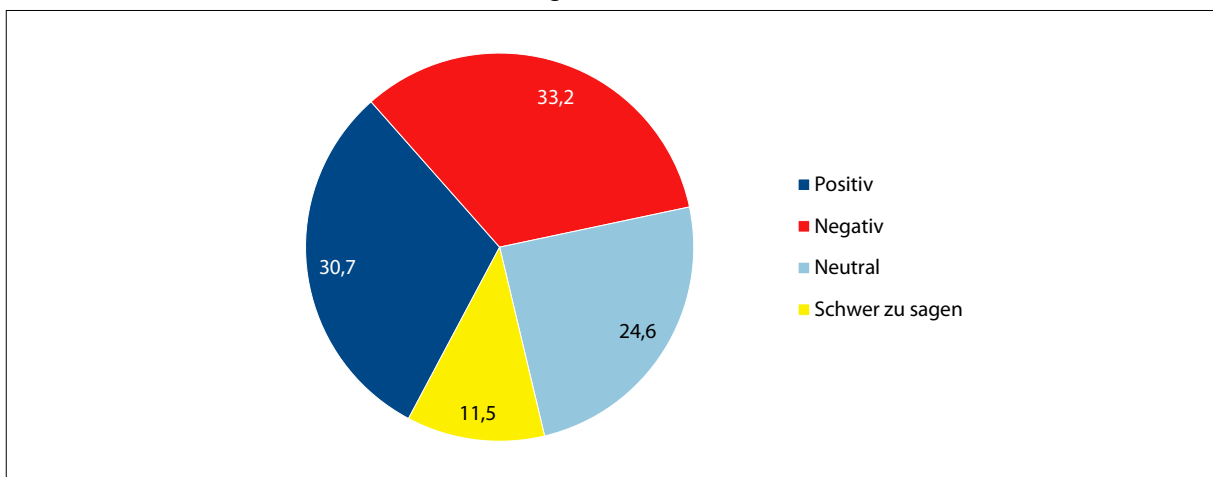
Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Grafik 7: Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Soldaten der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen? (nach Regionen)



Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Grafik 8: Wie stehen sie zum Verbot des St. Georgs-Bands?* (in %)



* Im Mai 2017 stellte die Werchowna Rada die Verwendung des in Russland populären St. Georgs-Bands unter Strafe.

Quelle: Democratic Initiative Foundation, 05.05.2020, <https://dif.org.ua/article/den-peremogi-i-yogo-mistse-v-istorichniy-pamyati-ukraintsiv>.

Kann die Östliche Partnerschaft die Erwartungen der Ukraine erfüllen?

Von Iryna Solonenko (Berlin)

DOI: [10.31205/UA.234.02](https://doi.org/10.31205/UA.234.02)

Zusammenfassung

Obwohl die EU in der Ukraine im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) viel erreicht hat, bleibt die ÖP nach wie vor hinter den Erwartungen der Ukraine zurück. In der zweiten Dekade der ÖP wird nun von der EU erwartet, dass sie den ÖP-Staaten einen weitergehenden Rahmen für die gemeinsamen Beziehungen bietet, allen voran eine tiefere Integration in den EU-Binnenmarkt, sowie ein stärkeres Engagement in den Bereichen Sicherheit und Demokratisierung. Der bevorstehende ÖP-Gipfel bietet die Chance, diese Erwartungen aufzugreifen und auf praktische Ebene umzusetzen.

Die Ukraine war nie besonders begeistert von der Östlichen Partnerschaft. Der Grund dafür ist, dass sie stets hinter den Erwartungen der Ukraine zurückblieb und keine Instrumente zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine über die bilaterale Agenda hinaus bot. Als die ÖP 2009 ins Leben gerufen wurde, bot sie im Wesentlichen keine neuen Instrumente zur Stärkung oder Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Im Grunde diente die ÖP dazu, das der Ukraine bereits unterbreitete Angebot auf weitere Länder östlich der EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auszuweiten.

Die wichtigsten Komponenten waren das Assoziierungsabkommen mit einer Vertieften und umfassenden Freihandelszone (AA-DCFTA) als integraler Bestandteil sowie die Aussicht auf visumfreies Reisen. Die Ukraine verhandelte mit der EU bereits über beide Instrumente, als diese den anderen Ländern angeboten wurden. Darüber hinaus blieb die ÖP hinter der Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft zurück, was für die Ukraine damals ein zentrales Thema war. Nun, noch am Anfang der zweiten Dekade der ÖP, wo von der EU erwartet wird, dass sie einen aktualisierten Rahmen für die Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn anbietet, hat die Ukraine erneut große Ambitionen – denen die EU jedoch offenbar nicht gewillt ist, nachzukommen.

Gegenwärtig gibt es zwei zentrale Erwartungen der Ukraine an die EU: Erstens wirksame Mechanismen, die eine tiefere Integration in den EU-Binnenmarkt ermöglichen und zweitens Sicherheitsvorkehrungen, die der Ukraine helfen würden, der militärischen Aggression Russlands zu widerstehen. Man könnte eine dritte Komponente hinzufügen, die vor allem von der (internationalen) Zivilgesellschaft und der Expertencommunity befürwortet wird: ein größeres Engagement der EU bei der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und Good Governance.

Die im März 2020 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission »Die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 – Stärkung der Widerstandsfähigkeit – eine Östliche Partnerschaft, die Ergebnisse für alle bringt« bleibt hinter diesen Erwartungen zurück. Obwohl die Mitteilung ein breites Spektrum von Politikbereichen abdeckt und von einer verstärkten Unterstützung der Gesellschaft in den ÖP-Ländern spricht, bietet sie keinen neuen großen Rahmen, der die zweite Dekade der ÖP signifikant aufwerten würde. In vielem entspricht das Dokument nicht den Erwartungen der drei assoziierten ÖP-Länder (Georgien, Moldau und Ukraine), auf sie zugeschnittene und weitergehende Möglichkeiten einer vertieften EU-Integration zu erhalten.

Was hat die EU in der Ukraine erreicht?

Unabhängig davon, wie die ÖP von Entscheidungsträgern, Experten und anderen Akteuren in der Ukraine bewertet wird, wäre es fair, anzuerkennen, dass die EU in den letzten zehn Jahren viel in der Ukraine erreicht hat.

Erstens haben sich die ukrainische Gesellschaft und das politische Spektrum um die Idee der europäischen Integration herum konsolidiert. Seit den frühen Jahren der Unabhängigkeit vollzog die Ukraine stets einen Balanceakt zwischen der EU und Russland, wobei ungefähr gleich große Bevölkerungsteile die Integration in die EU und die Integration in das von Russland geführte Integrationsprojekt, die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) unterstützten. Nach der »Revolution der Würde« änderte sich die Situation, und seitdem gibt es in der ukrainischen Gesellschaft eine klare pro-europäische Mehrheit, die in allen ukrainischen Regionen unterstützt wird (eine absolute Mehrheit im Westen und im Zentrum des Landes und eine relative Mehrheit im Süden und Osten, verglichen mit der Option, der EAEU oder keiner von beiden beizutreten). Es besteht kein Zweifel, dass der Kreml mit der Anne-

xion der Krim und der militärischen Intervention im Donbas die Ukraine noch weiter von Russland entfernt hat. Doch zuvor war es die Aussicht auf das Assoziierungsabkommen mit der EU, die den aktivsten Teil der ukrainischen Gesellschaft konsolidierte und im November 2013 zu den Protesten gegen die Hinwendung Janukowytchs zu Russland führte.

Sechs Jahre später sprechen sich 52,6 Prozent der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus (gegenüber 12,9 Prozent für einen Beitritt zur EAEU und 24 Prozent, die keinem der beiden Blöcke beitreten würden). Vor dem Maidan sprachen sich im Mai 2013 lediglich 41,7 Prozent für einen EU-Beitritt aus und 31 Prozent waren für einen Beitritt zur EAEU (13,5 Prozent waren für keinen der beiden Blöcke). Seit 2014 unterstützten alle Parlamentsfraktionen – mit Ausnahme der pro-russischen Parteien »Oppositionsplattform – Für das Leben« und dem »Oppositionsblock« – die europäische Integration. Im Februar 2019 wurde die pro-europäische Unterstützung besonders deutlich, als das ukrainische Parlament den Beitritt zur EU und zur NATO als außenpolitische Ziele in der Verfassung verankerten.

Zweitens ist die EU von einem externen Partner zu einem gewichtigen Akteur im innenpolitischen Reformprozess in der Ukraine geworden. Schon vor der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens gab es im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Aktionspläne, in denen sich die Ukraine zur Umsetzung von Reformen verpflichtete, die wiederum von der EU in jährlichen Monitoring-Berichten bewertet wurden. Die Hilfe der EU richtete sich gezielter auf die Unterstützung der Reformprozesse aus, und eine Reihe von Instrumenten, die ursprünglich für die EU-Beitrittsländer entwickelt worden waren, wurden auf die Länder der ÖP ausgeweitet. Die Visaliberalisierung wurde mit klaren und eindeutigen Konditionen verbunden und trug wesentlich zur Einführung wichtiger Reformen zur Korruptionsbekämpfung bei. So enthielt der Aktionsplan zur Visa-Liberalisierung (VLAP), den die Ukraine von 2011 bis 2016 umsetzte, sehr konkrete rechtliche und institutionelle Anforderungen zur Verhinderung und Bekämpfung der (politischen) Korruption, und die EU überwachte deren Umsetzung sehr genau. Nachdem die Anforderungen erfüllt waren (darunter die Einrichtung des Nationalen Antikorruptionsbüros und der Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung, sowie menschenrechtliche Anforderungen wie die Antidiskriminierungsgesetzgebung), genehmigte die EU im Juni 2017 das visumfreie Reisen für Ukrainer.

Das Assoziierungsabkommen mit tiefer und umfassender Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Area, AA-DCFTA), das die Ukraine und die EU im Juni 2014 unterzeichneten, steht ganz im Zeichen der Angleichung der Ukraine an EU-Normen und -Stan-

dards, deren Einführung mit der Öffnung des EU-Binnenmarktes in den jeweiligen Bereichen belohnt werden soll. Mit dem Inkrafttreten des AA-DCFTA sind die Normen und Standards der EU zu einem wichtigen Teil des Policy-Prozesses in der Ukraine geworden und umfassen verschiedene Politikbereiche. Tatsächlich ist die bilaterale EU-Ukraine-Agenda sehr detailliert und technisch.

Darüber hinaus äußerten sich EU-Beamte (zumeist die EU-Botschafter in der Ukraine) offener über den innenpolitischen Reformprozess, indem sie bestimmte politische Entscheidungen und Prozesse befürworteten oder kritisierten. Bei Besuchen von EU-Beamten in der Ukraine wurden Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft – oft vor offiziellen hochrangigen Terminen – und die Einbeziehung ihrer Expertise zur normalen Praxis.

Drittens hat dank einer Reihe von Instrumenten, die in Verbindung mit der Visumfreiheit den zwischenmenschlichen Austausch und die tägliche berufliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine gefördert haben (und die mehrere Zielgruppen abdecken, von Studierenden über Beamte bis hin zu verschiedenen Berufsgruppen), eine gesellschaftliche und praktische Integration zwischen der EU und der Ukraine stattgefunden. Diese gesellschaftliche Ebene ist entscheidend, um die Umsetzung politischer Entscheidungen zu unterstützen und eine erfolgreiche europäische Integration zu gewährleisten.

Die multilaterale Dimension der Östlichen Partnerschaft hat bisher jedoch nur einen begrenzten Nutzen gehabt. Bis vor Kurzem diente sie dem Austausch der politischen Eliten, der Zivilgesellschaft und anderer Berufsgruppen in den sechs ÖP-Ländern und der EU; allerdings mit wenig Output für den innenpolitischen Transformationsprozess. Angesichts der bestehenden AA-DCFTAs haben die drei assoziierten Länder jedoch eine vertiefte Zusammenarbeit gefordert, um die Umsetzung der Assoziierungsagenda und die Integration in den EU-Binnenmarkt zu beschleunigen. Hier könnte, mit entsprechender Unterstützung und Engagement seitens der EU, die multilaterale Dimension der Östlichen Partnerschaft noch gestärkt werden.

Erwartungen der Ukraine

1. Integration in den Binnenmarkt und ein quadrilaterales Format

Die EU-Beitrittsperspektive, die für die Ukraine lange Zeit eine wichtige symbolische Bedeutung hatte und bei jeder Gelegenheit zur Sprache kam, ist aktuell kein Thema. Stattdessen ist die Ukraine an praktischen Möglichkeiten der Integration in den EU-Binnenmarkt interessiert, die eine stärkere Anbindung an die EU gewährleisten würden, z. B. in den Bereichen Infrastruktur,

Energie, Finanzmärkte und Zoll, um nur einige zu nennen. Ukrainische Experten haben acht Sektoren identifiziert (von 14 im AA-DCFTA vorgesehenen), in denen die Integrationsziele bis Ende 2020 erreicht werden könnten.

In einer gemeinsamen Erklärung mit Georgien und Moldau kündigte die Ukraine Ende 2019 an, dass die drei assoziierten Staaten sich eine getrennte Schiene für die EU-Zusammenarbeit im sog. EU+3-Format wünschen. Im Februar 2020 regten die drei Länder eine ehrgeizigere Unterstützung der EU im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU für 2021–2027 an.

Eine aktuell diskutierte Möglichkeit zur stärkeren Integration wäre die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums der drei Länder mit der EU. Diese Idee wird auch von einigen Akteuren in der EU unterstützt, wie Anfang April ein Entwurfsschreiben des Europäischen Parlaments in Vorbereitung auf den ÖP-Gipfel zeigt, in dem ein gemeinsamer Wirtschaftsraum zwischen den drei Ländern und der EU ins Spiel gebracht wird.

2. Sicherheitsdimension

Weiterhin fordert die Ukraine vor dem Hintergrund der aggressiven russischen Außenpolitik, die auch vor militärischem Eingreifen in der Region nicht zurückschreckt, eine stärkere Solidarität mit den ÖP-Staaten und mehr sicherheitspolitisches Engagement der EU. Die Ukraine wünscht sich mehr Glaubwürdigkeit seitens der EU – zum Beispiel könnten die Sanktionen verschärft werden, um Russland von seinem aggressiven Verhalten abzubringen. Dies war beim Vorfall im Asowschen Meer in der Meerenge von Kertsch im November 2018 nicht der Fall, als die russische FSB-Küstenwache drei Schiffe der ukrainischen Marine, die auf dem Weg vom Schwarzen Meer zur ukrainischen Hafenstadt Mariupol waren, beschoss und sie inklusive Besatzung kaperte. Obwohl Russland damit eine klare Verletzung des Völkerrechts beging, ging die EU nicht über die Verurteilung dieser Aktionen hinaus.

Gleichzeitig besteht kein Zweifel daran, dass die EU seinerzeit richtig gehandelt hat und gegen Russland wegen der Annexion der Krim und der Aggression im Donbas Sanktionen verhängte, die bis heute halbjährlich einstimmig verlängert werden. Es bedarf jedoch eines stärkeren politischen Willens innerhalb der EU, um rote Linien für Russland zu ziehen und die Sanktionen in Situationen wie im November 2018 gegebenenfalls zu verschärfen.

Die Beteiligung der EU an friedenserhaltenden Maßnahmen und Friedensgesprächen über eingefrorene und aktive militärische Konflikte ist seitens der Ukraine ausdrücklich erwünscht. Die Entsendung einer EU-Friedensmission in die Ostukraine (und andere kon-

flikträchtige Gebiete in den ÖP-Ländern) im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte eine Option sein. Der Zugang zu Projekten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU (PESCO), z. B. bei der militärischen Ausbildung oder der Katastrophenhilfe, wird diskutiert. Für die Ukraine wäre ein stärkeres Engagement der EU bei Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für den Sicherheitssektor im weiteren Sinne, einschließlich der Reform des militärischen Sektors, z. B. durch Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Integrität des Militärpersonals, sowie die Umschulung von pensioniertem Militärpersonal, von Vorteil.

Diese Themen sind auch für Georgien und Moldau von zentraler Bedeutung und könnten somit Teil des EU+3-Formats sein. Wie in der Ostukraine sind in beiden Ländern russische militärische Einheiten in nicht anerkannten Republiken präsent (Abchasien und Südossetien in Georgien und Transnistrien in Moldau), die von Russland unterstützt werden. Eine Beteiligung der EU am Schutz der territorialen Integrität der ÖP-Länder wäre deshalb sinnvoll.

3. Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Seit jeher leidet die Ukraine unter mangelnder Rechtsstaatlichkeit, endemischer Korruption und schwachen demokratischen Institutionen. Obwohl die ukrainischen Behörden nach der »Revolution der Würde« im Jahr 2014 erstmals seit der Unabhängigkeit der Ukraine ernsthafte Reformbemühungen eingeleitet haben, gelten viele von ihnen heute als gescheitert. Die ukrainische Justiz gilt nach wie vor als korrupt und ist abhängig von der Politik, die endemische Korruption (insbesondere auf politischer Ebene) blüht weiter, und einflussreiche wirtschaftliche Akteure mischen sich informell in den politischen Prozess ein und sorgen dafür, dass dieser ihren Interessen dient. Die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden garantieren den Menschen keine Sicherheit und versäumen es, Fälle von Mord, Gewalt und Einschüchterungen gegen zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Journalisten aufzuklären. Darüber hinaus sind diese Mängel für das geringe Vertrauen potenzieller ausländischer Investoren in die Ukraine verantwortlich, was negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und das Wohlergehen der Menschen in der Ukraine hat.

Das von Partikularinteressen geleitete politische System hat sich als widerstandsfähig gegenüber Veränderungen erwiesen. Reformen waren vor allem in solchen Bereichen erfolgreich, in denen es den als »Sandwich-Ansatz« bekannten, kombinierten Druck der ukrainischen Zivilgesellschaft und westlicher Partner und Geldgeber gab. Dabei spielte auch die EU eine zentrale Rolle.

Nachdem die Ukraine die Bedingungen für visumfreies Reisen erfüllt hatte, hat die EU keine neuen Anreize bzw. Instrumente entwickelt, um politischen Druck auf Kiew auszuüben und den Reformprozess zu unterstützen. Die finanzielle Konditionalität der EU hat nur eine begrenzte Rolle gespielt. Beispielsweise verlor die Ukraine Ende 2017 eine Tranche von 600 Millionen Euro aus dem 1,8 Milliarden Euro umfassenden EU-Finanzhilfepaket, weil mehrere Bedingungen zur Korruptionsbekämpfung nicht erfüllt wurden.

Im Assoziierungsabkommen heißt es: »Die Achtung der demokratischen Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten ... sowie die Achtung des Rechtsstaatsprinzips sind die Grundlage der Innen- und der Außenpolitik der Vertragsparteien und wesentliche Elemente dieses Abkommens«. Falls die Ukraine gegen diese »wesentlichen Elemente« verstößt, kann die EU die durch das Abkommen vorgesehenen Rechte der Ukraine aussetzen. Die EU hat jedoch nie näher erläutert, nach welchen Kriterien festgestellt werden kann, ob eine Verletzung vorliegt. Da es in diesen Bereichen keinen EU-Besitzstand gibt, wäre es wichtig, dass die EU präzisiert, was genau sie in dieser Hinsicht von der Ukraine (und den anderen ÖP-Ländern) erwartet, und eine effektive Überwachung der Umsetzung der jeweiligen Anforderungen einführt. Ukrainische Experten schlagen vor, Instrumente zur Messung der Fortschritte der Mitgliedstaaten in den relevanten Bereichen einzusetzen, wie z. B. den EU-Justizanzeiger für eine regelmäßige Bewertung des Zustands des Justizwesens in der Ukraine und den EU-Bericht zur Korruptionsbekämpfung. Die EU könnte auch die Expertise des Europarates in Anspruch nehmen, die über solche Instrumente wie die GRECO-Berichte zum Stand der Korruptions-

bekämpfung oder Stellungnahmen der Venedig-Kommission verfügt.

Wie weiter?

Die im März 2020 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission bleibt hinter den Erwartungen der Ukraine zurück. Zwar deckt die Mitteilung ein breites Spektrum von Politikbereichen ab und regt eine verstärkte Unterstützung der Gesellschaften in den ÖP-Ländern an, bietet aber zu wenig Details und auch keine signifikante Vertiefung der Beziehungsebene zwischen der EU und den ÖP-Ländern an.

Das bedeutet aber nicht, dass diese Idee der EU fremd wäre. Als Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, im Februar zu einem zweitägigen Besuch in der Ukraine war, erklärte er, dass er die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU auf eine neue Ebene heben wolle.

Auch viele Akteure im Europäischen Parlament setzen sich für einen fortschrittlicheren EU-Ansatz gegenüber den drei assoziierten Ländern ein. Das zeigt der oben genannte Empfehlungsentwurf des Europäischen Parlaments, der den Erwartungen der Ukraine deutlich näherkommt, als der in der offiziellen Mitteilung der EU-Kommission kommunizierte Position.

Der kommende ÖP-Gipfel könnte ein Erfolg werden, wenn die Forderungen der drei assoziierten Länder für eine tiefere Integration berücksichtigt werden. Da der Gipfel (wegen der Coronakrise) vermutlich auf den Herbst verschoben werden soll, könnte die EU genug Zeit gewinnen, um sich zu entscheiden, wie die ÖP zukünftig gestaltet werden soll und wie tief die (assoziierten) ÖP-Länder integriert werden sollen.

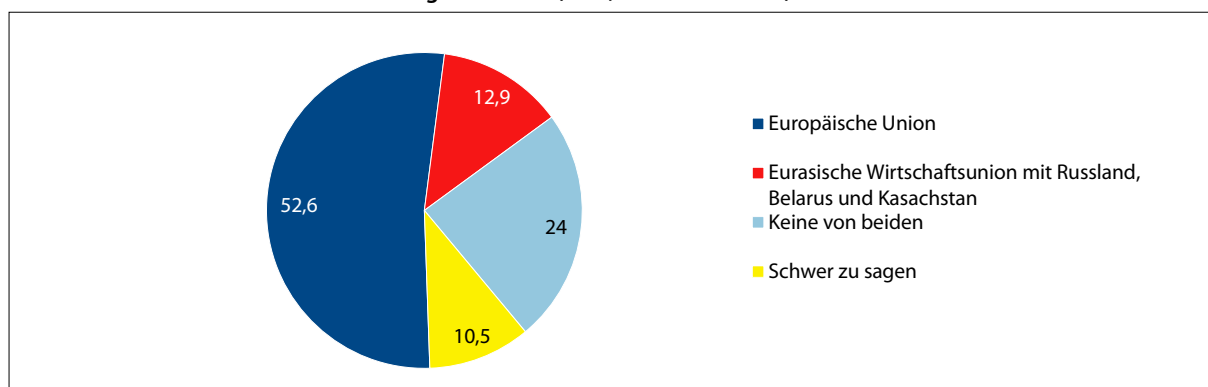
Über die Autorin:

Iryna Solonenko ist eine unabhängige Expertin und beschäftigt sich vorwiegend mit der Ukraine und der Europäischen Nachbarschaftspolitik / Östlichen Partnerschaft. Sie forscht an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, ist Associate Fellow am Robert-Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und ist Ukraine-Expertin für den Bertelsmann Transformation Index (BTI). Sie hat Abschlüsse in European Studies, Public Administration und Geschichte von der Central European University in Budapest, der Nationalen Akademie für Öffentliche Verwaltung in Kiew und der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie.

UMFRAGEN

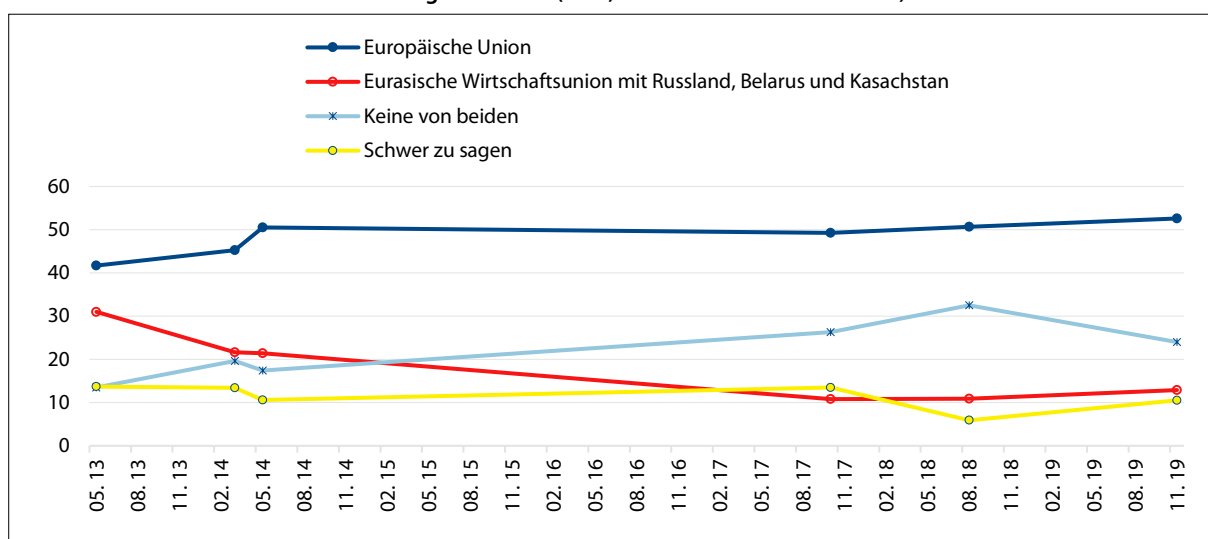
Öffentliche Meinung zur EU

Grafik 1: Wenn Sie sich nur für eine der untenstehenden Möglichkeiten entscheiden könnten, welcher Union sollte die Ukraine zukünftig beitreten? (in %, November 2019)



Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 05.12.2019, <https://dif.org.ua/en/article/european-integration-of-ukraine-the-dynamics-of-public-opinion>.

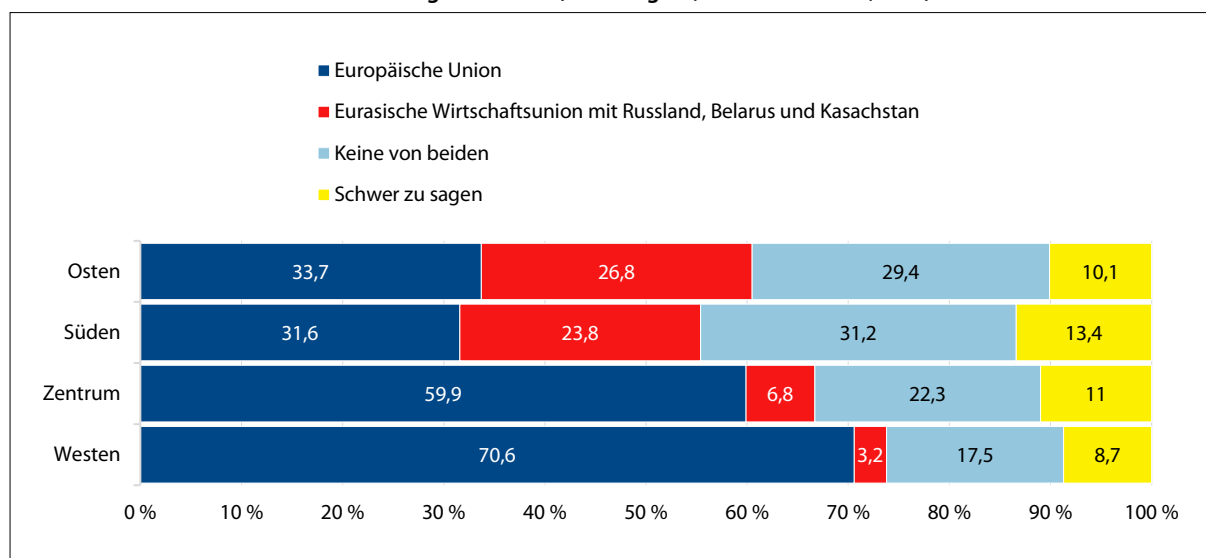
Grafik 2: Wenn Sie sich nur für eine der untenstehenden Möglichkeiten entscheiden könnten, welcher Union sollte die Ukraine zukünftig beitreten? (in %, Mai 2013 – November 2019)



	Mai 2013	März 2014	Mai 2014	Oktober 2017	August 2018	November 2019
Europäische Union	41,7	45,3	50,5	49,3	50,7	52,6
Eurasische Wirtschaftsunion mit Russland, Belarus und Kasachstan	31,0	21,6	21,4	10,8	10,9	12,9
Keine von beiden	13,5	19,6	17,4	26,3	32,5	24,0
Schwer zu sagen	13,7	13,4	10,6	13,5	5,9	10,5

Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 05.12.2019, <https://dif.org.ua/en/article/european-integration-of-ukraine-the-dynamics-of-public-opinion>.

Grafik 3: Wenn Sie sich nur für eine der untenstehenden Möglichkeiten entscheiden könnten, welcher Union sollte die Ukraine zukünftig beitreten? (nach Region, November 2019, in %)



Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 05.12.2019, <https://dif.org.ua/en/article/european-integration-of-ukraine-the-dynamics-of-public-opinion>.

Tabelle 1: Was denken Sie hält die Ukraine am meisten davon ab, ein Teil der Europäischen Union zu werden? (Nicht mehr als drei Antworten, in %)

	2007	2011	2015	2018	2019
Probleme mit Korruption	*	*	43,2	42,5	44,4
Ungenügende wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine	51,8	34,5	41,3	37,7	40,0
Niedriger Lebensstandard der Bevölkerung in der Ukraine	48,0	32,4	36,4	27,5	34,2
Der Krieg im Donbas	*	*	27,0	21,0	20,3
Probleme mit Demokratie und Menschenrechten in der Ukraine	17,6	22,6	19,8	17,4	17,1
Die Ukraine muss kein EU-Staat werden	17,2	14,5	10,5	13,5	7,5
Ukrainische politische Führung, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist	6,2	17,6	14,6	10,0	7,2
Zögern der EU-Mitgliedsstaaten, um die Beziehungen zu Russland nicht zu belasten	*	*	*	6,2	6,5
Westliche Staaten, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sind	12,9	18,7	22,0	11,6	5,6
Vorbehalte in der ukrainischen Bevölkerung	13,4	8,9	6,7	4,2	3,9
Nichts hindert die Ukraine daran, der EU beizutreten – sie ist dazu bereit	1,5	5,0	2,9	1,6	1,1
Sonstiges		0,9	0,9	0,7	1,1
Schwer zu sagen	11,0	11,2	8,6	6,6	10,5

* In diesem Jahr wurde diese Frage nicht gestellt.

Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 05.12.2019, <https://dif.org.ua/en/article/european-integration-of-ukraine-the-dynamics-of-public-opinion>.

Tabelle 2: Was sollte die EU tun, um den Reformprozess in der Ukraine zu beschleunigen? (Nennen sie die drei wichtigsten Optionen)

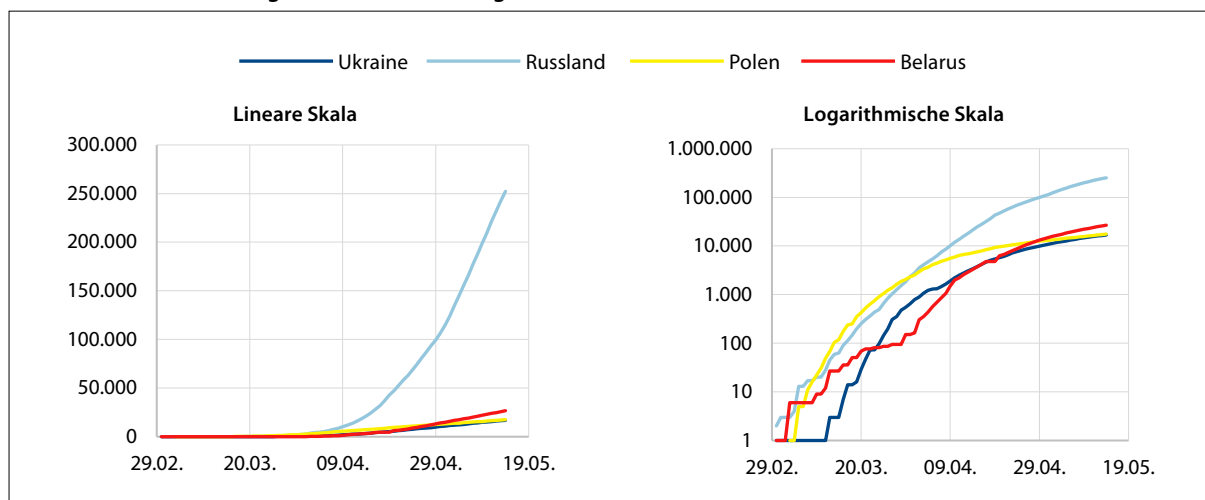
	August 2018	August 2019
Die EU sollte mehr Druck auf die ukrainischen Behörden ausüben	28,0	21,7
Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten Russland offener konfrontieren	16,3	15,2
Die EU sollte größeres Interesse daran zeigen, die ukrainische Grenze zu schützen und das Land mit Waffen zu versorgen	14,7	13,7
Die EU sollte talentierte Jugendliche stärker unterstützen - die Zukunft der Ukraine	13,1	12,6
Die EU sollte der Ukraine eine Beitrittsperspektive geben	13,7	10,2
Die EU sollte mehr Geld geben	7,1	10,0
Die EU sollte mehr Berater senden	6,2	9,7
Die EU sollte ihre finanzielle Hilfe einstellen, da das Geld von den Behörden gestohlen wird	16,5	9,6
Die EU sollte langfristige berufliche Austauschprogramme initiieren	11,2	8,3
Die EU sollte zivilgesellschaftliche Organisation unterstützen die den Reformprozess beeinflussen	13,0	8,2
Die EU tut genug. Es ist nun Zeit, dass die Ukraine mehr tut	9,7	5,1
Niemand wird der Ukraine helfen	6,4	4,8
Ich bin entschieden gegen die Hilfe der EU	12,1	4,3
Unsere Zukunft ist an der Seite Russlands	3,8	3,9
Ich glaube mehr an die Unterstützung der USA, nicht die der EU	1,4	1,3
Sonstige	0,7	1,1
Schwer zu sagen	11,8	21,7

Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 05.12.2019, <https://dif.org.ua/en/article/european-integration-of-ukraine-the-dynamics-of-public-opinion>.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. März – 14. Mai 2020)



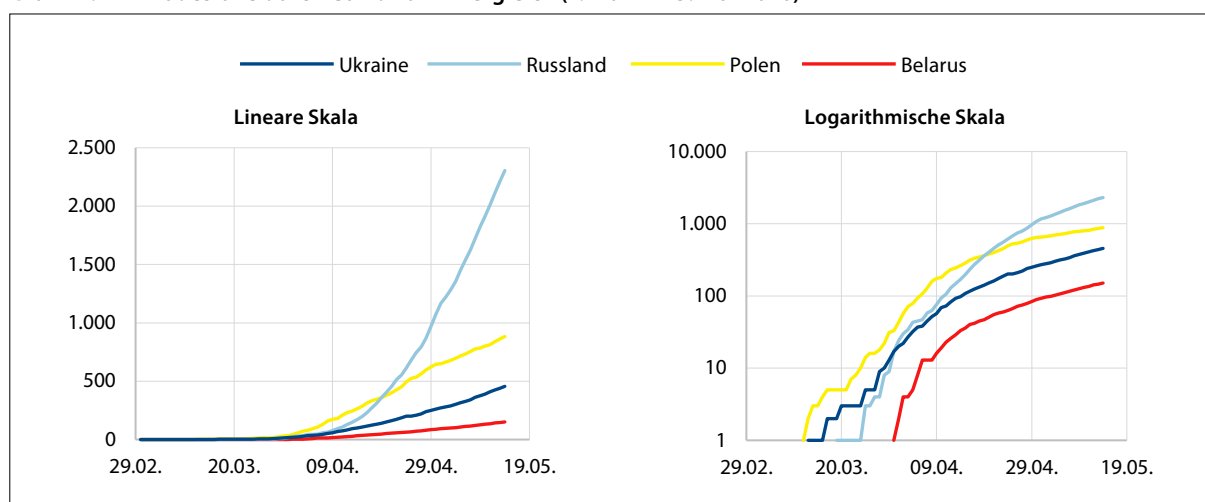
Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
04.05.	12.331	145.268	14.006	17.489
05.05.	12.697	155.370	14.431	18.350
06.05.	13.184	165.929	14.740	19.255
07.05.	13.691	177.160	15.047	20.168
08.05.	14.195	187.859	15.366	21.101
09.05.	14.710	198.676	15.651	22.052

Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
10.05.	15.232	209.688	15.996	22.973
11.05.	15.648	221.344	16.326	23.906
12.05.	16.023	232.243	16.921	24.873
13.05.	16.425	242.271	17.204	25.825
14.05.	16.847	252.245	17.615	26.772

Für die Zahlen vom 01.03.–03.05.2020 siehe Ukraine-Analysen Nr. 233 S. 8 <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/233/die-verbreitung-von-covid-19-in-der-ukraine/>

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 14.05.2020, 18:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 15. Mai 2020)



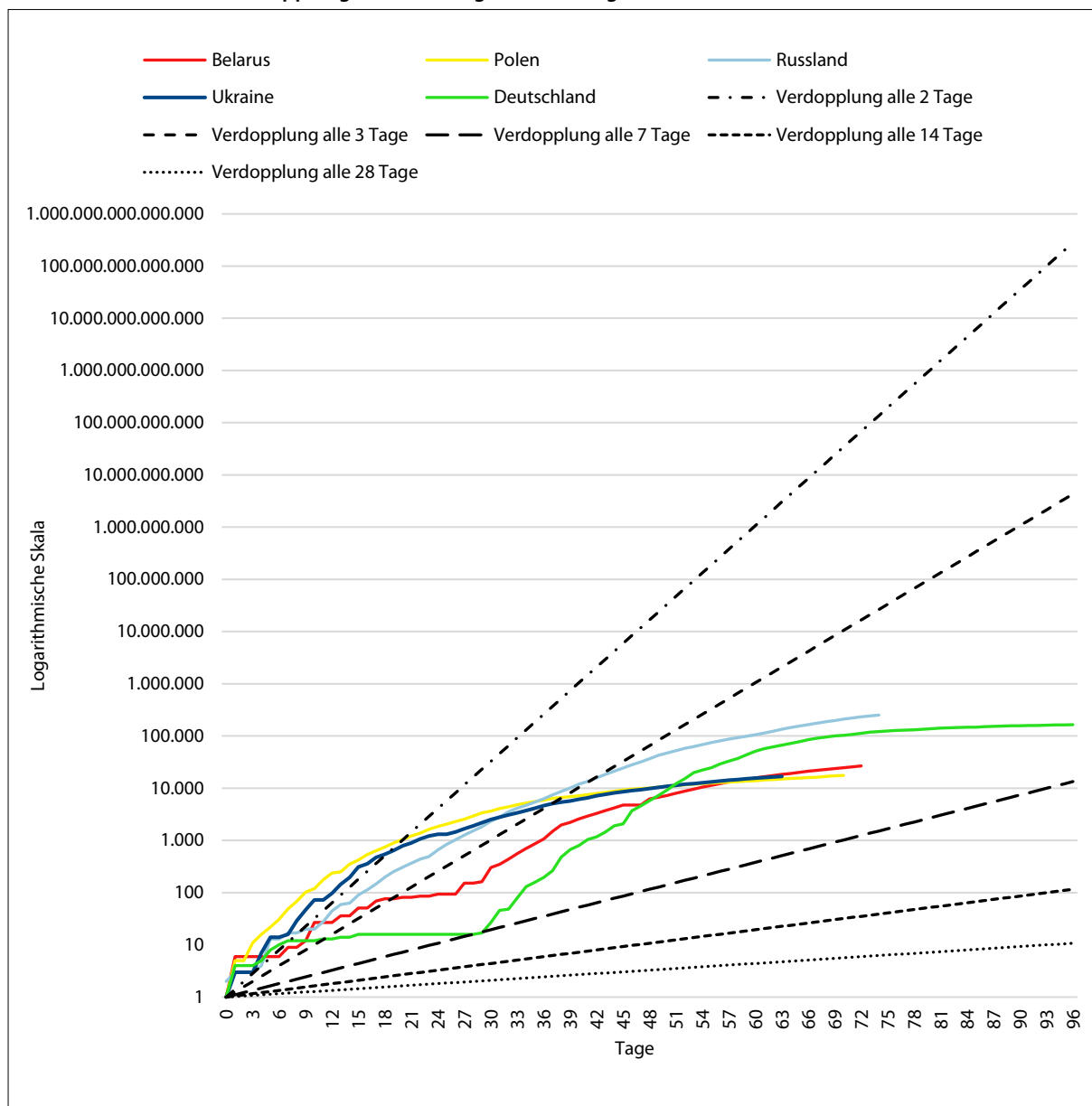
Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
04.05.	303	1.356	698	103
05.05.	316	1.451	716	107
06.05.	327	1.537	733	112
07.05.	340	1.625	755	116
08.05.	361	1.723	776	121
09.05.	376	1.827	785	126

Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
10.05.	391	1.915	800	131
11.05.	408	2.009	811	135
12.05.	425	2.116	839	142
13.05.	439	2.212	861	146
14.05.	456	2.305	883	151

Für die Zahlen vom 01.03.–03.05.2020 siehe Ukraine-Analysen Nr. 233 S. 9 <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/233/die-verbreitung-von-covid-19-in-der-ukraine/>

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 14.05.2020, 18:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

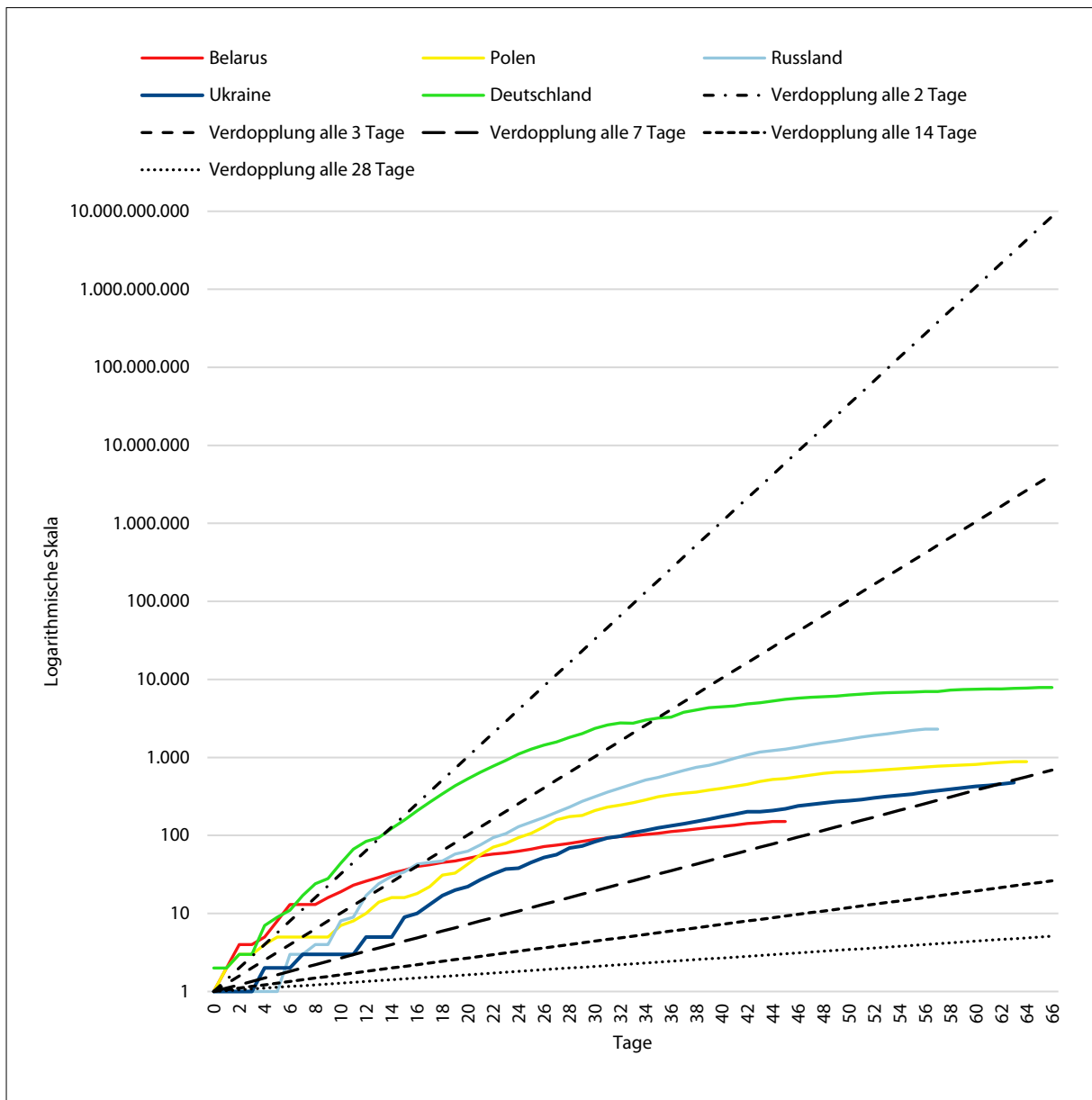
Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.05.2020, 18:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

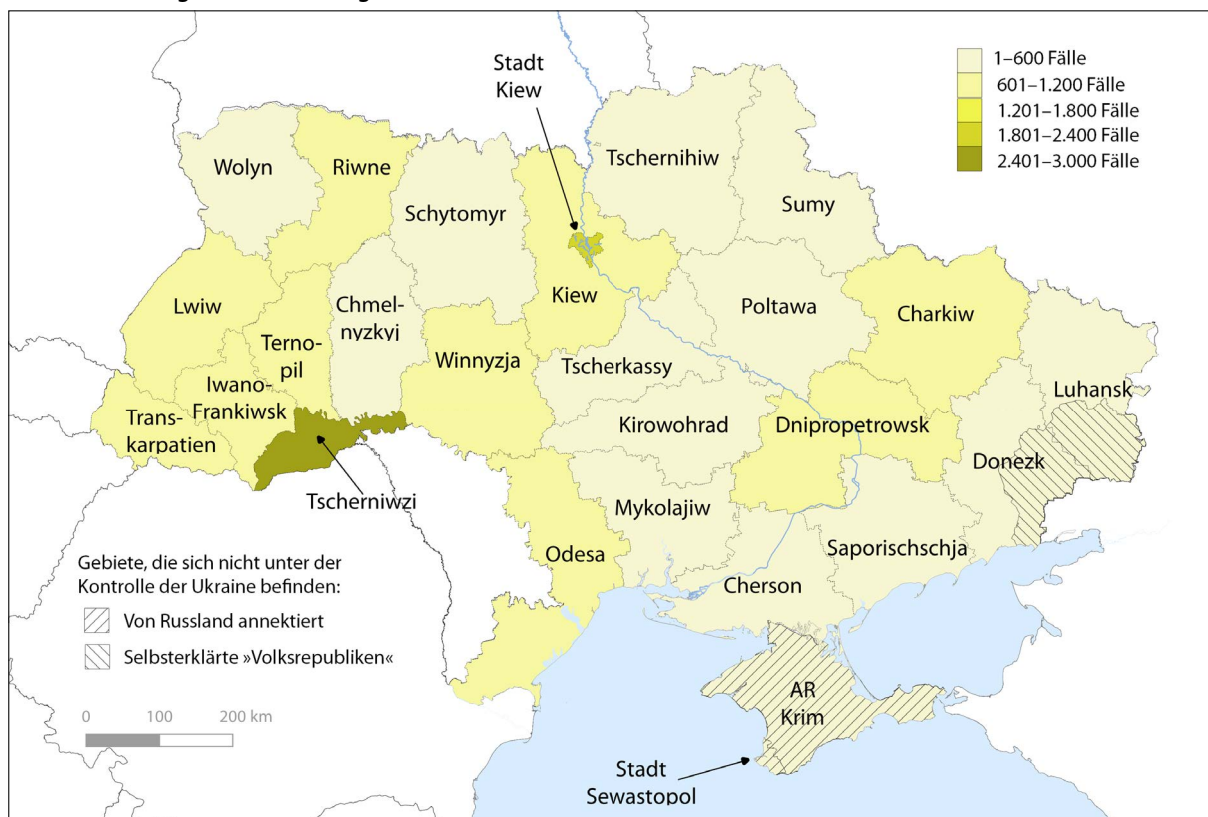
Grafik 4: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Todesfälle



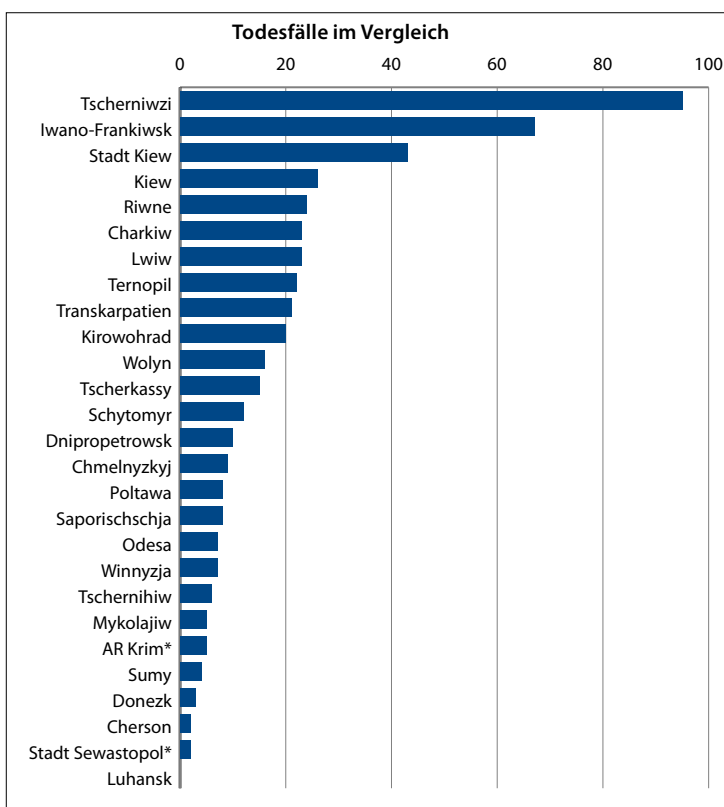
Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.05.2020, 08:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen

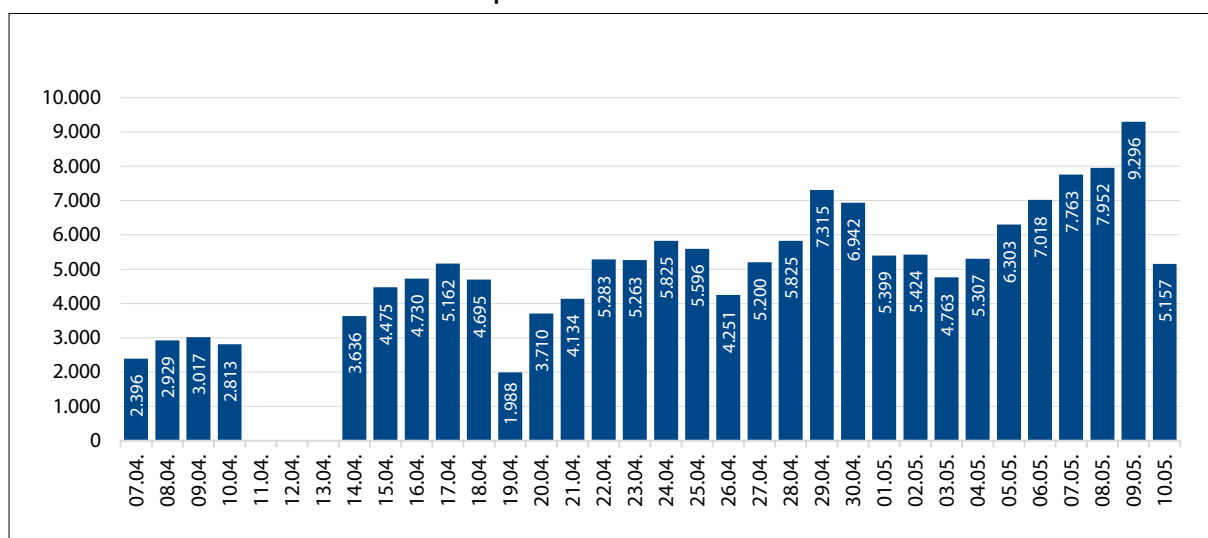


Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	757	23
Cherson	167	2
Chmelnyzkj	222	9
Dnipropetrowsk	791	10
Donezk	121	3
Iwano-Frankiwsk	1.188	67
Kiew	1.094	26
Stadt Kiew	2.068	43
Kirowohrad	437	20
Luhansk	42	0
Lwiw	942	23
Mykolajiw	228	5
Odesa	712	7
Poltawa	257	8
Riwne	1.074	24
Saporischschja	356	8
Schytomyr	538	12
Sumy	158	4
Ternopil	1.060	22
Tscherkassy	350	15
Tschernihiw	96	6
Tscherniwzi	2.600	95
Transkarpatien	816	21
Winnyzja	674	7
Wolyn	582	16
AR Krim*	259	5
Stadt Sewastopol*	135	2



* inoffizielle Daten
 Quelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 15.05.2020 09:04 Uhr.

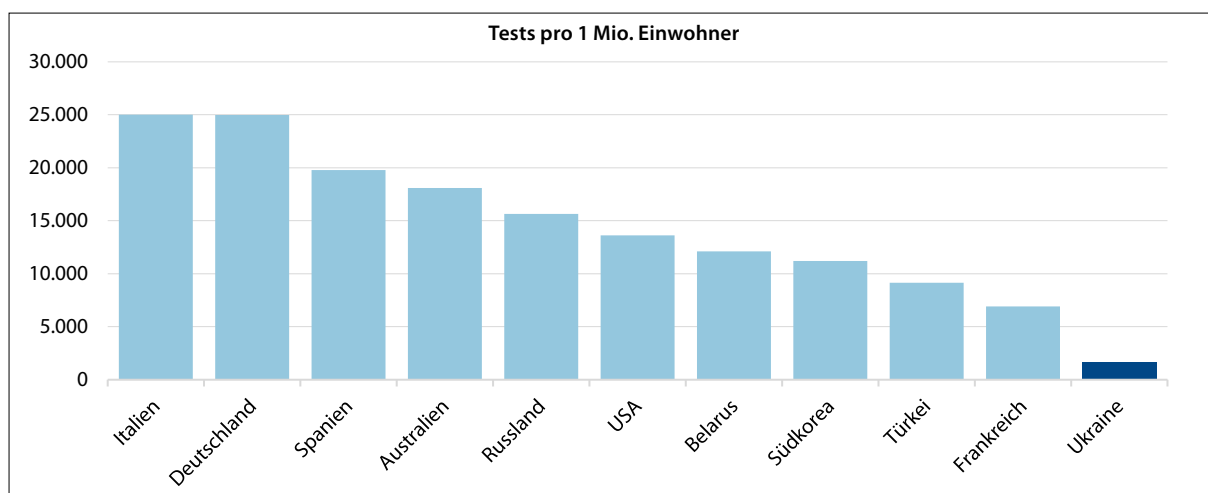
Grafik 6: Covid-19 Tests in der Ukraine 7. April – 10. Mai 2020



Quelle: Gesundheitsministerium der Ukraine / Kyiv Post, 11.05.2020, <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/covid-19-in-ukraine-408-dead-15648-cases-416-new-infections.html>.

Tabelle 1: Testungen im Vergleich (vom 22. April 2020)

Land	Bevölkerung (in Mio.)	Bestätigte Covid-19-Fälle	Anzahl Testungen	Tests pro 1 Mio. Einwohner
Ukraine	41	6.592	67.520	1.646
Russland	144	57.999	2.252.500	15.642
Belarus	9,5	7.281	114.955	12.100
Türkei	82	98.674	750.944	9.157
Italien	60,5	187.328	1.513.251	25.012
Spanien	47	208.389	930.230*	19.792
Deutschland	83	148.046	2.072.669	24.971
Frankreich	67	159.877	463.662**	6.920
USA	329	829.168	4.482.434	13.624
Südkorea	51,6	10.694	577.959	11.200
Australien	25	6.649	452.441	18.097



* Stand 13. April ** Stand 14. April

Quelle: Kyiv Post, <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/timeline-of-ukraines-response-to-coronavirus-outbreak.html>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 23. April 2020 – 10. Mai 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
23.04.2020	7.170 / 187	Nach Angaben des Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine haben sich zu diesem Zeitpunkt 93 Prozent der Ukrainer mit bestätigten Fällen von Covid-19 im Ausland infiziert. Im Zuge der Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie infizierten sich viele im Ausland arbeitende Ukrainer in Europa, bevor sie in ihre Heimat zurück kehrten.
24.04.2020	7.547 / 193	Laut Pressestelle der ukrainischen Streitkräfte gibt es 51 Fälle von Covid-19 in der Armee.
25.04.2020	8.125 / 201	Die Regierung gibt einen 5-Punkte-Plan zur Lockerung der Quarantänemaßnahmen bekannt. Demnach tritt Stufe 1 der Lockerungen in Kraft, wenn zehn Tage infolge die Anzahl an Neuinfektionen stabil bleibt; dann werden u. a. Parks geöffnet. Die letzte Stufe mit der Aufhebung aller Restriktionen soll in Kraft treten, sobald es keine Neuinfektionen innerhalb des Landes mehr gibt.
26.04.2020	8.617 / 209	In den Regionen Cherson, Dnipropetrowsk und Saporischschja kommt es zu Protesten von Bauern und Markthändlern. Sie fordern die Wiedereröffnung von Wochenmärkten und beschwerten sich, dass sie aufgrund geschlossener Märkte gezwungen sind, verrottende Produkte wegzuerwerfen oder billig verkaufen, während Supermärkte große Gewinne machen.
27.04.2020	9.009 / 220	Gesundheitsminister Maxym Stepanow gibt bekannt, die Testkapazität auf 8.000 – 10.000 Covid-19 Tests am Tag erhöhen zu wollen. Aktuell werden in der Ukraine täglich ca. 5.500 Tests durchgeführt.
27.04.2020		Die Regierung stellt umgerechnet ca. 200 Mio. Euro für die Zahlung von Arbeitslosengeld an Menschen zur Verfügung, die während der Covid-19-Quarantäne ihren Arbeitsplatz verloren haben und um kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, die Schwierigkeiten haben, ihren Angestellten zu bezahlen. Gleichzeitig wird das Mindestarbeitslosengeld von 650 Hrywnja (22 Euro) auf 1.000 Hrywnja (34 Euro) angehoben. Offiziell gibt es mehr als 400.000 registrierte Arbeitslose in der Ukraine. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass die tatsächliche Zahl zwischen 2–2,5 Millionen liegt.
29.04.2020	9.866 / 250	Das Ministerkabinett beschließt die Wiedereröffnung der in der Ukraine populären Wochenmärkte. Insgesamt werden 280 Märkte unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Zuvor kam es in mehreren Regionen zu Protesten, bei denen die Wiedereröffnung von Wochenmärkten gefordert wurde.
29.04.2020		In Kiew demonstrieren mehrere hundert Menschen vor dem Gebäude des Ministerkabinetts. Sie fordern die Wiedereröffnung kleinerer Unternehmen ab dem 1. Mai, wenn diese die Hygiene- und Distanzierungsanforderungen einhalten.
30.04.2020	10.406 / 261	Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert das Ministerkabinett auf, einen konkreten »Exit-Plan« zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Menschen in der Ukraine wieder zu einem normalen Leben zurückkehren können.
30.04.2020		Der Bürgermeister der Stadt Tscherkassy lockert, entgegen der nationalen Linie, einige Quarantänemaßnahmen, was auf große Kritik in Kiew stößt. In der Stadt, in der es 290 bestätigte Covid-19-Fälle gibt, werden einige Parks und kleine und mittlere Unternehmen wieder geöffnet.
01.05.2020	10.861 / 272	Laut Gesundheitsminister Maxym Stepanow wurden in der Ukraine seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie 111.859 Test auf Covid-19 durchgeführt, ein vergleichsweise niedriger Wert. So wurden im deutlich kleineren Belarus fast doppelt so viele Tests durchgeführt wie in der Ukraine.
02.05.2020	11.411 / 279	Rund 100 Restaurantbesitzer versammeln sich vor dem Präsidentenbüro und stellen Stühle und Tische, antiseptisches Plastikbesteck und Mahlzeiten auf. Sie fordern auf diese Weise die Regierung auf, die Gastronomie im Außenbereich wieder zu gestatten.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
04.05.2020	12.331 / 303	Auf einer außerordentlichen Sitzung verlängert die Regierung die Quarantänemaßnahmen, die bis zum 22. Mai gelten sollen, zum dritten Mal. Ab dem 11. Mai soll es jedoch erste Lockerungen geben. Geplant ist u. a., den Besuch von Parks, Erholungsgebieten und Museen zu erlauben, Friseur- und Schönheitssalons zu eröffnen, Cafés (zum Mitnehmen) sowie Non-Food-Läden zu öffnen, sofern die Quarantänemaßnahmen strikt eingehalten werden.
05.05.2020	12.697 / 316	Der EU-Rat billigt die Auszahlung von 1,2 Milliarden Euro an die Ukraine zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie. Die Ukraine ist eines von zehn EU-Nachbarländern, denen insgesamt bis zu 3 Milliarden Euro Hilfsgelder zur Verfügung gestellt werden.
06.05.2020	13.184 / 327	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba rechnet damit, dass die internationalen Flugverbindungen in die Ukraine erst im September oder Oktober wieder ordnungsgemäß aufgenommen werden können.
07.05.2020	13.691 / 340	Die Schließung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) wird mindestens bis zum 22. Mai verlängert, gibt Infrastrukturminister Wladyslaw Kryklj bekannt. Danach soll der ÖPNV schrittweise wieder geöffnet werden. Dann werde eine Maskenpflicht gelten und es soll Temperaturkontrollen geben. Die U-Bahnen werden vermutlich auch nach dem 22. Mai geschlossen bleiben, da es praktisch unmöglich sei, die Anzahl der Menschen in einem U-Bahn-Waggon zu kontrollieren, so Kryklj.
07.05.2020		Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Gesetz zur massenhaften Einführung von Covid-19-Tests in ambulanten und stationären Einrichtungen im gesamten Land.
10.05.2020	15.232 / 391	Rund 3.000 mit dem Coronavirus infizierte Menschen und damit etwa jede fünfte an Covid-19 erkrankte Person, ist im medizinischen Sektor tätig.

*Quelle: Johns Hopkins Universität.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

CHRONIK

26. April – 10. Mai 2020

26.04.2020	Die Kyiv Post berichtet, dass der Dnipro, der größte Fluss des Landes und zugleich ein wichtiger Transportweg, wegen des trockenen Winters und Frühjahrs den niedrigsten Wasserstand seit 100 Jahren hat. Da der Dnipro auch für den wichtigen Agrarsektor von großer Bedeutung ist, könnte es dadurch zu Ernteausschlägen in diesem Jahr kommen.
27.04.2020	Der Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Iwan Bakanow, teilt mit, dass der SBU die Voruntersuchungen im Fall der 2018 nach einem Säureattentat verstorbenen Aktivistin Kateryna Handsjuk abgeschlossen habe. Der SBU geht davon aus, dass der Vorsitzende des Chersoner Regionalrates, Wladyslaw Manger, und der stellvertretende Berater eines Mitglieds desselben Rates, Olexij Lewyna, den Anschlag auf Kateryna Handsjuk organisiert haben sollen.
28.04.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet das Gesetz über den Bodenmarkt, das damit zum 1. Juli 2021 in Kraft tritt.
28.04.2020	Die unabhängige Rechercheplattform Bellingcat veröffentlicht neue Erkenntnisse, denen zufolge der Leiter des russischen FSB-Grenzschutzes, Generaloberst Andrej Burlaka, am Abschuss des Fluges MH17 über der Ostukraine im Sommer 2014 beteiligt gewesen sein soll.
29.04.2020	Das Ministerkabinett ernennt Aleksej Lubtschenko zum neuen Leiter der Steuerbehörde, nachdem sein Vorgänger in einer umstrittenen Entscheidung des Ministerkabinetts am 24. April entlassen wurde. Lubtschenko war bereits früher in anderen Positionen für die Steuerbehörde tätig. Medienberichten zufolge soll sich vor allem Finanzminister Martschenko für die Ernennung von Lubtschenko eingesetzt haben.
29.04.2020	Ron van Roden, Leiter der IWF-Mission in der Ukraine, teilt mit, dass eine ins Parlament eingebrachte Änderung in der Gesetzgebung zum Nationalen Antikorruptionsbüro (NABU), die es ermöglichen würde, die Leitung des NABU einfacher zu entlassen, die Kooperation mit dem IWF in Frage stellen könnte. Die Gesetzesänderung würde die Unabhängigkeit des NABU gefährden und würde vom IWF als Abkehr von den bisherigen Antikorruptionsbemühungen aufgefasst werden. Das würde eine Neubewertung der Zusammenarbeit erforderlich machen, warnt van Roden in einem Schreiben an das Präsidentenbüro.
30.04.2020	Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine halten ein Treffen im Normandie-Format per Videokonferenz ab. Der ursprünglich für April geplante Normandie-Gipfel mit den Staatschefs wurde verschoben, da die beim letzten Gipfeltreffen im Dezember 2019 vereinbarten Schritte – Öffnung neuer Grenzübergänge, ein stärkerer Truppenabzug und ein dauerhafter Waffenstillstand – nicht umgesetzt worden sind. Der deutsche Außenminister Heiko Maas warnt bei der Videokonferenz davor, dass die Coronavirus-Pandemie nicht als Ausrede genutzt werden sollte, um den Friedensprozess zu behindern.
07.05.2020	Der vor kurzem von seinem Posten als Leiter der Steuerbehörde entlassene Serhij Werlanow teilt mit, dass Mitarbeiter des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) seine Wohnung durchsucht hätten. Der SBU bestätigt die Durchsuchung, nennt aber keinen offiziellen Grund dafür.
07.05.2020	Der Internationale Währungsfonds (IWF) ändert sein Programm für die Ukraine: Aus dem längerfristigen (Struktur-) Reformprogramm (EEF) soll ein einfaches Beistandsabkommen (SBA) mit weniger wirtschaftspolitischer Reformorientierung werden. Das würde der Ukraine die aufgrund der Coronavirus-Pandemie dringend benötigten Kredite schneller ermöglichen, als das bisherige Format, so der IWF. Gleichzeitig gibt der IWF bekannt, dass der bisherige Leiter der IWF-Mission in der Ukraine, Ron van Roden, durch die Bulgarin Iwanna Wladkowa Gollar ersetzt wurde.
07.05.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj ernennt Michail Saakaschwili zum Leiter eines dem Präsidenten unterstehenden Reformrates. Ende April sollte Saakaschwili zum Vizepremier für Reformen ernannt werden, was jedoch am Widerstand in der Parlamentsfraktion der Regierungspartei »Diener des Volkes« scheiterte.
7.05.2020	Die Chefredakteurin des unabhängigen Rechercheportals »Slidstvo«, Anna Babinez, wird von der Polizei zu einem Verhör am 13. Mai geladen. Hintergrund sind Babinez' Recherchen u. a. gegen den Parlamentarier Olexandr Dubinskyj von der Fraktion »Diener des Volkes«, dem eine große Nähe zum Oligarchen Ihor Kolomojskyj nachgesagt wird. Laut Babinez hat sich Dubinskyj wegen der Recherchen an Innenminister Awakow gewandt, um Druck auf die Journalistin auszuüben.
08.05.2020	Georgien ruft wegen der Ernennung von Michail Saakaschwili zum Leiter des Reformrates seinen Botschafter in der Ukraine zu Konsultationen zurück. Gegen den früheren georgischen Präsidenten Saakaschwili liegt in Georgien ein Haftbefehl wegen Amtsmissbrauch vor.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

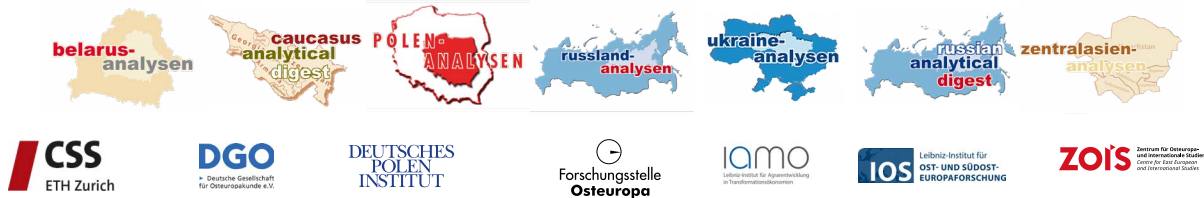
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>